

**DIE FRANKFURTER ZEITUNG IM
REICHSPRÄSIDENTSCHAFTSWAHLKAMPF 1925**

KIM ZICKENHEINER

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Die Presse in der Weimarer Republik	2
2.1. Überblick	2
2.2. Die Rolle der Journalisten	3
2.3. Die Presse und die Politik	4
3. Die Frankfurter Zeitung	5
3.1. Die Geschichte der Frankfurter Zeitung	5
3.2. Die Frankfurter Zeitung in der Weimarer Republik	6
3.3. Die Frankfurter Zeitung und die Parteien	7
3.3.1. Die Haltung zur Deutschen Demokratischen Partei	7
3.3.2. Die Haltung zu anderen Parteien	9
4. Die Reichspräsidentenwahl 1925	9
4.1. Die politische Situation	9
4.2. Der Ablauf der Wahl	10
5. Die Methode der Untersuchung	12
6. Die Berichterstattung der Frankfurter Zeitung im Wahlkampf	13
6.1. Der erste Wahlgang	13
6.1.1. Die Konsequenzen eines Wahlsieges für die Republik	14
6.1.2. Die politische Eignung der Kandidaten	16
6.1.3. Die persönliche Eignung der Kandidaten	18
6.1.4. Der Wahlkampf der Parteien	19
6.1.5. Die Einigkeit der Republikaner und des Reichsblocks	21
6.2. Der zweite Wahlgang	22
6.2.1. Die Konsequenzen eines Wahlsieges für die Republik	23
6.2.2. Die politische Eignung der Kandidaten	25
6.2.3. Die persönliche Eignung der Kandidaten	27
6.2.4. Der Wahlkampf der Blöcke	28
6.2.5. Die Einigkeit der Blöcke	30
7. Ergebnisse	33
8. Fazit	39
9. Literaturverzeichnis	40

Abkürzungsverzeichnis

BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FZ	Frankfurter Zeitung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WP	Wirtschaftspartei

1. Einleitung

Nach sechs kurzen Jahren der Demokratie konnten die deutschen Bürger 1925 zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht nur Parlamentsabgeordnete, sondern auch ihr Staatsoberhaupt direkt wählen. Der politische Kampf der Weimarer Republik zwischen Demokraten und Monarchisten wurde auf die Kandidaten der Reichspräsidentenwahl übertragen – im entscheidenden Wahlgang stand Wilhelm Marx für die Republik und der greise Paul von Hindenburg für die Reaktion. „Wer Hindenburg liebt, wählt Marx!“¹ verkündete Anton Erkelenz, Vorstand der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Er wollte den ikonischen Weltkriegsgeneral nicht im politischen Tageskampf aufgebraucht sehen und fürchtete den Einfluss seiner Hintermänner.

Die Presse stürzte sich mit in den Wahlkampf. Die in der Weimarer Republik so herausgehobene und mächtige Stellung des Reichspräsidenten war von entscheidender Bedeutung für die gesamte Reichspolitik. So verwundert es nicht, dass die politische Presse ausführlich über die Kandidaten berichtete. Viele Zeitungen versuchten, mit ihrer Berichterstattung die Wähler zu beeinflussen; eine neutrale Beobachterposition entsprach nicht dem Selbstverständnis des Journalismus. Eine der wichtigsten Zeitungen dieser Zeit war die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts gegründete Frankfurter Zeitung (FZ). Sie galt als absolut demokratisch und liberal und genoss den Ruf, von höchster journalistischer Qualität zu sein.

Einige Studien haben das Verhalten von politischen Zeitungen der unterschiedlichen politischen Spektren im Wahlkampf der Weimarer Republik ausführlich untersucht.² Das betrifft sowohl Reichstags- als auch Reichspräsidentenwahlen. Diese Studien bezogen sich aber immer auf die Hauptstadtpresse aus Berlin. Die Frankfurter Zeitung wurde nie einbezogen; als Vertreter der linksliberalen Richtung wurden zumeist die Vossische Zeitung oder das Berliner Tageblatt herangezogen. Die vorliegende Arbeit untersucht die Frankfurter Zeitung im Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft 1925 mithilfe ei-

¹ Vgl. Frankfurter Zeitung (FZ), „Das Programm des Volkskandidaten. Eine gewaltige republikanische Kundgebung.“, 18.4., Nr. 286, S. 1. Alle erwähnten Ausgaben der FZ stammen aus dem Jahr 1925; auf die Nennung der Jahreszahl wird daher verzichtet.

² Vgl. dazu Becker, Werner (1971). Demokratie des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918-1924. Göttingen: Muster-schmidt; Engelmann, Tanja (2003). Die Wahlkampfberichterstattung in der Weimarer Republik – am Beispiel der Reichstagswahlen im Juni 1920, Mai 1924, Mai 1928 und Juli 1932. Mainz: Magisterarbeit; Moores, Karen M. (1997). Presse und Meinungsklima in der Weimarer Republik. Eine publizistikwissenschaftliche Untersuchung. Mainz: Dissertation; Wilke, Jürgen/Sprott, Christian (2009). "Hindenburg wählen, Hitler schlagen!" Wahlkampfkommunikation bei den Reichspräsidentenwahlen in der Weimarer Republik. In: Politik-Wissenschaft-Medien 4, 277-306.

ner leitfragengestützten Analyse auf ihr journalistisches Verhalten in der Bewertung von Parteien und Kandidaten.

2. Die Presse in der Weimarer Republik

2.1. Überblick

Die 1920er Jahre sahen das Aufkommen verschiedener neuer Medien wie dem Radio oder dem Kino, die gegen Ende des Jahrzehnts weit verbreitet waren. Dennoch bildete die Zeitung den wichtigsten Zugang der Bürger zur Politik. Als Basis für Gespräche und Diskussionen hatte sie eine tragende Rolle in der Vermittlung politischer Ereignisse im Volk³ und stellte so das wichtigste Medium in der Weimarer Republik dar.⁴ Gesetzlich basierte die Presse auf der neuen Weimarer Reichsverfassung und der in Artikel 118 garantierten Meinungsfreiheit. Eine Pressefreiheit wurde nicht explizit erwähnt. Eingeschränkt werden konnten die Freiheiten der Presse nach dem Notverordnungsrecht laut Artikel 48 und dem „Gesetz zum Schutz der Republik“.⁵

Die Anzahl an Zeitungen schwankte in der Weimarer Republik zwischen 3243 (1921), 2974 (1925), 3122 (1928) und schließlich 4275 (1932). Die meisten Zeitungen erschienen sechs Mal in der Woche⁶ bei einer Gesamtauflage von etwa 20 Millionen Exemplaren gegen Ende der 1920er Jahre.⁷ Viele davon waren kleinere Lokalzeitungen mit einem sehr begrenzten Publikum. Größere Verbreitung erfuhren politische Partei- und Parteirichtungszeitungen. Überregionale Zeitungen, deren Redaktionen mehr oder weniger unabhängig von den Interessen von Großverlagen und Industrie waren, waren dagegen selten.⁸ Besonders verbreitet waren außerdem Generalanzeiger, die abhängig von ihren Inserenten und damit von den Interessen der Industrie waren.⁹ Sie gaben sich als politisch unabhängig, halfen aber so, bestehende Verhältnisse zu festigen.¹⁰ Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg sah darüber hinaus vor allem in Berlin einen großen Anstieg

³ Vgl. Fulda, Bernhard (2009): *Press and Politics in the Weimar Republic*. Oxford: OUP, S. 6-7. Verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199547784.001.0001>, abgerufen am 22.5.2012.

⁴ Vgl. Moores (1997), S. 34.

⁵ Vgl. Wilke, Jürgen (2008). *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte*. Köln u.a.: Böhlau, S. 342-43.

⁶ Vgl. Schütz, Walter J. (1969): *Zeitungsstatistik*. In: Dovifat, Emil (Hrsg.): *Handbuch der Publizistik*, Band 3, 2. Teil. Berlin: Walter de Gruyter, 348-369, S. 360.

⁷ Vgl. Fulda (2009), S. 14.

⁸ Vgl. Pross, Harry (2000). *Zeitungsreport. Deutsche Presse im 20. Jahrhundert*. Weimar: Hermann Böhlau Nachfolger, S. 48-49.

⁹ Vgl. ebd., S. 52.

¹⁰ Vgl. Eksteins, Modris (1975): *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of the Weimar Democracy*. Oxford: OUP, S. 28.

in den Verkaufszahlen von Boulevardzeitungen, die oft sensationslüstern und aufreizend gestaltet waren, sich politisch aber mit offenen Attacken zurückhielten, um keine Käufer abzuschrecken.¹¹

Verschiedene Nachrichtenagenturen versorgten die Blätter mit Nachrichten, darunter der Dienst Nationaler Tageszeitungen, die Telegraphen-Union (als Arm des Medienmoguls Alfred Hugenberg¹²) und das Wolff'sche Telegraphen Bureau als offiziöse Agentur der Regierung.¹³ Daneben existierten 1932 knapp 600 Nachrichtenagenturen in Deutschland; die meisten waren regional oder themenspezifisch. 1926 waren etwa 1.200 Zeitungen hinsichtlich ihrer nationalen und internationalen Nachrichten komplett von den Materndiensten der Nachrichtenagenturen abhängig.¹⁴

2.2. Die Rolle der Journalisten

Die Rolle der Zeitung im demokratischen Prozess in Deutschland unterschied sich stark von der in angelsächsischen Ländern. Im Gegensatz zu deren Anspruch auf größtmögliche Objektivität und Fairness galt die Presse in Deutschland nicht als „unabhängiges Element“ im politischen Prozess, das die Arbeit von Regierung und Parlament überwacht. Oft war sie Aufgabenträger von Partikularinteressen – etwa der von Parteien oder Industriezweigen. Ausnahmen davon waren hauptsächlich linksliberale Blätter wie die FZ.¹⁵

Viele politische Zeitungen waren im direkten Besitz einer Partei, viele andere sympathisierten offen mit einer. Dennoch bedeutete eine Haltung zu bestimmten Themen beim Verleger nicht automatisch, dass die Redaktionen sie auch direkt in der Zeitung umsetzen. Dafür gibt es Beispiele bei Zeitungen jeder politischen Richtung.¹⁶ Redakteure der Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) sahen sich trotzdem sogar in erster Linie als politische Akteure, während

¹¹ Vgl. Fulda (2009), S. 16.

¹² Zu Alfred Hugenberg vgl. Wichmann, Manfred (ohne Jahr). Tabellarischer Lebenslauf von Alfred Hugenberg. Lebendiges Virtuelles Museum Online. Verfügbar unter <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/HugenbergAlfred/index.html>, abgerufen am 10.7.2012.

¹³ Vgl. Pross (2000), S.48, S. 57-58.

¹⁴ Vgl. Eksteins (1975), S. 76.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 28.

¹⁶ Vgl. Fulda (2009), S. 5.

Journalisten liberaler Zeitungen diese Rolle zumindest als Teil ihrer Tätigkeit anerkannten.¹⁷

Der „traditionelle deutsche Gesinnungsjournalismus“ hat mehrere Gründe: Die erst spät erlangte Pressefreiheit ließ Journalisten die freie Meinungsäußerung als besonders hohes Gut erscheinen; außerdem wurde die Pressefreiheit im aufklärerischen Sinne als „Naturrecht des Einzelnen auf freie Entfaltung“ verstanden. Der Anspruch auf wahre Objektivität schien ohnehin von vornherein unrealistisch.¹⁸

Dabei waren die Grenzen zwischen Journalisten und Politikern oft unscharf. 1924 gaben 13 Prozent der Reichstagsabgeordneten als Beruf Publizist an.¹⁹ Die Presse in der Weimarer Republik war politisch aufgeladen, die Verflechtungen zwischen Publizistik und Politik eng. Das wirkte sich direkt auf den politischen Prozess aus.

2.3. Die Presse und die Politik

In der jungen deutschen Demokratie spielte die Presse ab 1918 auf einen Schlag eine immens wichtige Rolle für das Volk, das plötzlich zum Souverän des Staates wurde. Die meisten Journalisten und Verleger waren sich dieser Tatsache bewusst – der Einfluss der Presse auf die Politik war hoch. Das führte im Rückschluss auch dazu, dass sich die Politik intensiv mit der Presse befasste und versuchte, sie für sich zu gewinnen. Die Zeitungen in Parteibesitz waren meist die traditionellen politischen Zeitungen, die für die Massen unattraktiv geworden waren angesichts der unterhaltameren Boulevardblätter, Generalanzeiger und der kleinen Zeitungen mit lokalen Nachrichten. Nichtsdestotrotz wurden politische Zeitungen als wichtiges Element zur Agitation und Propaganda im politischen Kampf gesehen.²⁰ Auch die Frankfurter Zeitung und Blätter der Verlage Mosse und Ullstein, die die Presse in einer „liberal-demokratischen Rolle“ sahen,²¹ betonten immer wieder die Wichtigkeit des belehrenden Journalismus – im Glauben, so Sympathie und Verständnis für die Demokratie im Volk erzeugen zu können.²² Umgekehrt versuchten antidemokratische rechte und kommunistische Zeitungen offen, die

¹⁷ Vgl. Fulda (2009), S. 42.

¹⁸ Vgl. Moores (1997), S. 45.

¹⁹ Vgl. Fulda (2009), S. 20.

²⁰ Vgl. ebd., S. 43.

²¹ Vgl. Eksteins (1975), S. 28.

²² Vgl. ebd., S. 72-74.

neue Staatsform und ihre Vertreter zu diskreditieren, um so die Interessen ihrer Herausgeber zu bedienen.²³

Die Frage nach der politischen Vormacht in der Presse ist umstritten. Eine Einschätzung sieht die Publizistik der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und mit ihr die rechte Publizistik, vor allem dank des mächtigen Hugenberg-Konzerns, als stärkste;²⁴ andere Analysen sehen die größte Pressemacht beim Berliner Ullstein-Konzern, der politisch liberal einzuordnen ist.²⁵

Das Verhältnis von Journalismus und Politik war dabei ein wechselseitiges. Einerseits konnten einflussreiche Zeitungen die „Agenda und das Vokabular“ der Politik bestimmen, andererseits reagierten sie in ihren Artikeln auf Initiativen der Politik.²⁶ Diese Umstände resultierten in der aggressiven Presse in der Weimarer Republik, die zumeist klar politische Stellung bezog und Vertreter anderer Einstellungen heftig attackierte. An Wahltagen ergriffen fast alle Zeitungen offen Partei und forderten ihre Leser auf, eine bestimmte Partei zu wählen.²⁷

3. Die Frankfurter Zeitung

3.1. Die Geschichte der Frankfurter Zeitung

Die Frankfurter Zeitung wurde 1856 als „Frankfurter Geschäftsbericht“ unter anderem von dem Bankier Leopold Sonnemann gegründet. 1859 wurde ein politischer Teil zur Zeitung hinzugefügt und der Name „Neue Frankfurter Zeitung/Frankfurter Handelszeitung“ gewählt.

In den Anfangsjahren konzentrierte sich die Berichterstattung hauptsächlich auf Gewerbe und Industrie. Die Frankfurter Zeitung trat für einen Schutz von Anlegern ein, indem sie kritisch und offen über Firmen und ihre Vorhaben berichtete. Politisch war die Zeitung schon zu ihren Anfangszeiten radikal demokratisch. Sonnemann war 1868 einer der Gründer der liberalen Deutschen Volkspartei (nicht zu verwechseln mit der gleich-

²³ Vgl. Wilke, Jürgen (2009): Pressegeschichte. In: Noelle-Neumann, Elisabeth/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt am Main: Fischer, 501-535, S. 522-523.

²⁴ Vgl. Lerg, Winfried B. (1979). Die Publizistik der Weimarer Republik. Zur kommunikationsgeschichtlichen Ausgangslage. In: Hardt, Hanno; Hilscher, Elke & Lerg, Winfried B. (Hrsg.). Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945. München u.a.: K..G. Saur, 17-96, S. 18-24.

²⁵ Vgl. Fulda (2009), S. 2.

²⁶ Vgl. ebd., S. 5.

²⁷ Vgl. ebd., S. 19.

namigen Partei in der Weimarer Republik), die 1918 in der DDP aufging und als Deutsche Staatspartei bis 1933 bestand.

Nach der Auslagerung der Zeitung nach Stuttgart wegen des innerdeutschen Krieges von 1866 gründete Sonnemann die Zeitung als „Frankfurter Zeitung und Handelsblatt“ neu. Seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 geriet die Zeitung mehrmals mit Otto von Bismarck aneinander, auch weil sie sein Sozialistengesetz kritisierte.²⁸

Im Ersten Weltkrieg trat die Frankfurter Zeitung offen für den Frieden ein. Dadurch geriet sie abermals in Schwierigkeiten mit der Staatsgewalt, zumal die Zensurgesetze im Krieg die Presse restriktiv regulierten.²⁹ Schließlich war die FZ gegen Ende des Krieges eine der ersten Zeitungen, die offen die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. forderten. Im Zuge der folgenden Revolution wurden in ihr „einige der radikalsten nicht-sozialistischen Äußerungen“ veröffentlicht, vor allem von der jüngeren Generation von Redakteuren.³⁰

3.2. Die Frankfurter Zeitung in der Weimarer Republik

Von der „Rolle des Kritikers und Reformers in die eines Bewahrers“ musste die Zeitung mit der Gründung der Weimarer Republik wechseln. Die revolutionären Ideen von 1848 sah die Zeitung verwirklicht – jetzt war das Ziel, die junge Demokratie zu stärken, ihre Zweifler zu überzeugen und ihre Gegner zurückzuweisen.

Die Schuld für die Niederlage im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen sah die Frankfurter Zeitung eindeutig beim alten Regime und der Staatsform, für das es stand. Deren Vertreter griff die FZ zunächst nicht an, bis sich die politische Rechte organisiert hatte und die republikanische Staatsform unter anderem mit der Dolchstoßlegende zu diffamieren suchte.³¹ Als Befürworter einer Demokratie als „Synthese von Liberalismus und Sozialismus, als Gegenpol zur ‚Reaktion‘“, vertreten von „Feudalismus, Privilegierung, Monopole[n] und Klassentrennung“³² zielte die FZ auf eine „soziale und demokratische Republik“³³ ab.

²⁸ Vgl. Gillessen, Günther (1986): Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin: Siedler, S. 12-19.

²⁹ Vgl. Paupié, Kurt (1972): Frankfurter Zeitung, Frankfurt a.M. (1856-1943). In: Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. Pullach: Verlag Dokumentation, S. 241-256, S. 248.

³⁰ Vgl. Eksteins (1975), S. 40.

³¹ Vgl. Becker (1971), S. 54-56.

³² Vgl. ebd., S. 69.

³³ Vgl. ebd., S. 64.

Anders als die meisten Zeitungen bezog sie ihre Parlamentsnachrichten nicht über das „Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger“, sondern führte eigene Berichterstattung durch. Dabei gewann die Zeitung hohe Bedeutsamkeit, im In- wie im Ausland.³⁴ Die FZ wurde als eines der meinungsführenden Presseorgane der Weimarer Republik³⁵ und als „journalistisch außerordentlich einflussreich“ identifiziert.³⁶ Bei einer Auflage, die in den 1920er Jahren zwischen 50.000 und 70.000 schwankte, war die Zielgruppe vor allem die hochgebildete Mittelklasse, die an Politik, Wirtschaft und Kultur interessiert war.³⁷ Mehr als ein Drittel der Käufer waren Geschäftsinhaber.³⁸ Die Leserschaft bestand dabei nur zu etwa 20 Prozent aus Menschen in und um Frankfurt; der Rest war in ganz Deutschland verteilt. Darüber hinaus hatte die FZ einen nicht zu vernachlässigenden Absatz im Ausland. Ihr Preis war dreimal so hoch wie der der meisten Lokalzeitungen, und höher als der jeder anderen Tageszeitung.³⁹

3.3. Die Frankfurter Zeitung und die Parteien

3.3.1. Die Haltung zur Deutschen Demokratischen Partei

Politisch stand die Frankfurter Zeitung der nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten DDP nahe. Das ergab sich aus grundsätzlichen Schnittmengen in politischen Vorstellungen, dem Verbreitungsgebiet im traditionell liberalen Südwestdeutschland und dem Engagement Leopold Sonnemanns in der Vorgängerpartei.⁴⁰ Auch personell waren Partei und Zeitung verflochten: Berliner Korrespondenten unterstützten die Gründung der nationalen Partei, während Mitglieder der Frankfurter Redaktion das auf lokaler Ebene taten.⁴¹ Die FZ lässt sich so als linksliberale Parteirichtungszeitung einordnen.⁴² Publizistisch war sie eine der wichtigsten Stützen der Partei in der Weimarer Presse.⁴³

³⁴ Vgl. Paupié (1972), S. 249.

³⁵ Vgl. Moores (1997), S. 61-62.

³⁶ Vgl. Asmuss, Burkhard (1994): Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923. Berlin u.a.: Walter de Gruyter, S.30.

³⁷ Vgl. Eksteins, Modris (1971). The Frankfurter Zeitung. Mirror of Weimar Democracy. In: Journal of Contemporary History 6, 3-28, S. 5.

³⁸ Vgl. Asmuss, (1994), S. 59-60.

³⁹ Vgl. Cohnstaedt, Wilhelm (1935). German Newspapers Before Hitler. In: Journalism Quarterly 7, 157-163, S. 158.

⁴⁰ Vgl. Becker (1971), S. 79.

⁴¹ Vgl. Eksteins (1971), S. 12.

⁴² Vgl. Moores (1997), S. 36-37.

⁴³ Vgl. Koszyk, Kurt (1972): Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der Deutschen Presse, Teil III. Berlin: Colloquium, S. 265

Die DDP galt in der Weimarer Republik als die Kraft, die durch ihre Präsenz in Parlamenten die intellektuelle liberale Presse an die Realitäten der Republik band. Mit ihrem Niedergang gegen Ende der 1920er Jahre wurden auch liberale Zeitungen zu „Außenseitern“ im politischen Prozess.⁴⁴ Dabei machte die FZ ihre liberalen Vorstellungen auch ganz an dieser Partei fest: Zu Beginn der Weimarer Republik hatte sie sich entschieden gegen eine Fusion mit der 1918 gegründeten, nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) ausgesprochen. Eine Regierungsbildung sollte nur „aus taktischen Gründen und unter bestimmten Bedingungen“ möglich werden.⁴⁵ Ebenso missbilligte sie die Idee der Fusion, als sie 1928 wieder prominent aufkam.⁴⁶ Die Vereinigung würde die liberale Idee nicht stärken; der Niedergang der DDP sei nicht dem Rückgang liberaler Ideen bei den Wählern zuzuschreiben, sondern der Unfähigkeit der Parteiführung, sich ausreichend scharf nach rechts von der DVP abzugrenzen.⁴⁷ 1919 lehnte es die FZ ab, Inserate der DVP zu veröffentlichen, wenn nicht der Namenszusatz „hervorgegangen aus der Nationalliberalen Partei“ hinzugefügt werde. Sie glaubte, dass der Name DVP seit jeher zur Prägung des Liberalismus gehört habe, den die DDP vertrete.⁴⁸

Trotzdem vermied es die Frankfurter Zeitung, zu einem bloßen Parteiblatt zu werden, und kritisierte die DDP oft scharf. Obwohl die DDP die stärkste Presse aller Parteien hatte (bei etwa 320 Zeitungen und Zeitschriften, die sich 1923 zu ihr bekannten), war die Verbindung zwischen der Partei und der Presse immer schwächer, als das etwa bei der SPD war, die eigene Zeitungen besaß.⁴⁹ Das Nichtvorhandensein einer eigenen Parteipresse war für die Parteiführung bereits 1924 Grund zur Klage.⁵⁰

Gegen Ende der 1920er Jahre führten persönliche Zwiste, gegenseitige Kritik und Frust zu einer Entfremdung der FZ von der DDP. Weil die Redaktion aber trotzdem der Meinung war, dass die Partei weiterhin weitgehend gleiche Werte vertrat und ihre Bindung an die Realpolitik darstellte, unterstützte sie die DDP bis zu ihrem Ende dennoch.⁵¹

⁴⁴ Vgl. Eksteins (1975), S. 158.

⁴⁵ Vgl. Becker (1971), S. 78.

⁴⁶ Vgl. Eksteins (1975), S. 144.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 156.

⁴⁸ Vgl. Koszyk (1972), S. 275.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 103-04; 265.

⁵⁰ Vgl. Lau, Dirk (1995). Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei der Wahl zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930. Mainz: Dissertation, S. 143.

⁵¹ Vgl. Eksteins (1971). S. 13-15.

3.3.2. Die Haltung zu anderen Parteien

Allgemein vertrat die Redaktion der Frankfurter Zeitung die Meinung, dass die Umsetzung der Demokratie in der Weimarer Republik nicht gelungen sei, da die Parteipolitik die Arbeit des Reichstags und der Regierung untergrabe.⁵² Das Verhältnis zu politischen Parteien war daher prinzipiell gespannt.

Die FZ akzeptierte die SPD und das bürgerlich-katholische Zentrum als republikanische Koalitionspartner der DDP, inhaltlich grenzte sie sich aber von ihnen ab. Nach links griff die FZ die KPD und anfangs die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer wieder an. Diese Parteien würden durch ihre politische Schwäche die Reaktion unterstützen.⁵³ Außerdem sei die KPD republikfeindlich und gewaltbereit.⁵⁴

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums sah die FZ die nationalistische DNVP als die Verkörperung von Monarchismus und Reaktion; sie wurde damit zum „Gegner schlechthin“.⁵⁵ Die Nationalsozialisten sollten erst gegen Ende des Jahrzehnts prominent auftauchen.

4. Die Reichspräsidentenwahl 1925

4.1. Die politische Situation

Nach den chaotischen Anfangsjahren der Weimarer Republik schien sich die gesellschaftliche und politische Lage Anfang der 1920er Jahre zu entspannen. Die Wirtschaft sollte bis zum Ende des Jahrzehnts florieren, mit ihr stiegen die Einkommen. Die sozialen Konflikte aber schwelten, erkennbar auch an der Zersplitterung der Parteien. Weder Arbeiterschaft, Industrie noch Landwirtschaft konnten sich auf einen politischen Konsens einigen.⁵⁶

Dementsprechend sahen Parlamente und die Regierungsbündnisse ab Anfang der 1920er Jahre aus. Oft nur mithilfe von Notstandsverordnungen konnten Minderheitenregierung aus DDP, DVP, Zentrum und Bayerischer Volkspartei (BVP) unter Tolerierung von DNVP und/oder SPD ihre Arbeit ausführen. Dabei war der Einfluss des

⁵² Vgl. Moores (1997), S. 438-440.

⁵³ Vgl. Becker (1971), S. 80.

⁵⁴ Vgl. Moores (1997), S. 432-433.

⁵⁵ Vgl. Becker (1971), S. 80.

⁵⁶ Vgl. Mai, Gunther (2009). Die Weimarer Republik. München: C.H. Beck, S. 51-55.

Reichspräsidenten hoch: Die Parteien vermieden Kompromisse, indem sie das Staatsoberhaupt Notverordnungen aussprechen ließen.⁵⁷

Bei der Reichstagswahl im Mai 1924 mussten die demokratischen Parteien der Mitte im Schatten des Dawes-Plans, der die Reparationszahlungen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs regelte, einen Rückschlag hinnehmen: Die DNVP wurde zweitstärkste Partei, die KPD mit 12,6 Prozent eine starke Fraktion, und das Sammelbecken für Völkische und Nationalsozialisten, die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ erreichte 6,5 Prozent der Stimmen.⁵⁸ Noch im selben Jahr wurden Neuwahlen angesetzt, weil der Reichstag beschlussunfähig war. Dabei konnten SPD und DNVP starke Zuwächse verbuchen; auch die Parteien der Mitte wurden gestärkt. Kommunisten und Nationalsozialisten waren die Verlierer der Wahl. Kanzler wurde der parteilose Hans Luther, getragen vom „Bürgerblock“ aus Zentrum, DVP, BVP und DNVP.⁵⁹ In diese politisch turbulente Zeit fiel unvorhergesehen die Wahl des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hatte dabei in der Weimarer Verfassung eine herausragende Stellung: Legitimiert durch direkte Volkswahl sollte er einer möglichen „Parlamentsdiktatur“ entgegenstehen. Er konnte nur durch Volksabstimmung abgesetzt werden, wenn der Reichstag das beantragte; umgekehrt konnte er aber den Reichstag auflösen. Der Präsident berief außerdem den Kanzler und auf dessen Vorschlag seine Minister, was ihn „faktisch stärker als den Reichstag“ machte.⁶⁰ Die extensiven Notverordnungsmächte des Reichspräsidenten empfand die Frankfurter Zeitung dabei als positiv. In Krisenzeiten sollte der Präsident das Recht haben, ohne Parlament regieren zu dürfen. Da er direkt vom Volk gewählt wurde und als nominell überparteilich galt, sei eine „allein vom Vertrauen des Präsidenten abhängige Regierung sogar demokratisch zu nennen“.⁶¹

4.2. Der Ablauf der Wahl

Friedrich Ebert wurde 1919 von der Nationalversammlung, nicht vom Volk, zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Der Parteivorsitzende der SPD wurde von Abgeordneten seiner Partei, des Zentrums und der DDP gewählt – ein Bündnis, das forthin als „Wei-

⁵⁷ Vgl. Mai (2009), S. 55-57.

⁵⁸ Vgl. Schildt, Axel (2009). Die Republik von Weimar. Deutschland zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ (1918-1933). Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, S. 81.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 87.

⁶⁰ Vgl. Mai (2009), S. 28-29.

⁶¹ Vgl. Moores (1997), S. 439.

marer Koalition“ bekannt war.⁶² Sein Tod 1925 sorgte mit einem Schlag dafür, dass die erste Volkswahl eines deutschen Staatsoberhauptes sehr viel näher rückte.

Zur Wahl am 29. März 1925 konnte sich nur der „Reichsblock“ aus DVP, DNVP, Wirtschaftspartei (WP) und anderen auf eine gemeinsame Kandidatur eignen. Die erfolgreichsten Kandidaten waren:

1. Karl Jarres (DVP, mitgetragen vom Reichsblock), 38,8 Prozent
2. Otto Braun (SPD), 29 Prozent
3. Wilhelm Marx (Zentrum), 14,5 Prozent
4. Ernst Thälmann (KPD), 7 Prozent
5. Willy Hellpach (DDP), 5,8 Prozent
6. Heinrich Held (BVP), 3,7 Prozent
7. Erich Ludendorff (Völkische), 1,1 Prozent.⁶³

Keiner der Kandidaten kam über die notwendige absolute Mehrheit hinaus. Der zweite Wahlgang wurde für den 26. April angesetzt. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs hatte den Parteien die Notwendigkeit zu umfassenderen Bündnissen gezeigt. Dabei kristallisierten sich zwei heraus: Die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP als „Volksblock“ und der nun erweiterte Reichsblock aus DVP, DNVP, BVP, Völkischen und anderen. Die KPD blieb bei Thälmann.

Obwohl dem Volksblock verschiedene potenzielle Kandidaten zur Verfügung standen, entschlossen sich die Parteien, den Zentrumspolitiker und ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx zu unterstützen. Der Reichsblock berief überraschend Paul von Hindenburg, den „legendären Weltkriegsgeneral“, der zögerlich zustimmte.⁶⁴

Im zweiten Wahlgang, in dem die relative Mehrheit ausreichend war, kam Hindenburg so auf 48,3 Prozent der Stimmen, während Marx mit 45,3 Prozent zwar knapp, aber eindeutig die Wahl verlor.⁶⁵

Es gibt einige historische Begründungsversuche für die Wahlniederlage der demokratischen Kräfte. Ein Grund ist die Koalitionsstrategie der Blöcke: So konnte sich die KPD

⁶² Vgl. Schildt (2009), S. 43-44.

⁶³ Vgl. Falter, Jürgen; Lindenberger, Thomas & Schumann, Siegfried (1986): Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. München: C.H. Beck, S. 46.

⁶⁴ Vgl. Schildt (2009), S. 93-95.

⁶⁵ Vgl. Falter et al. (1986), S. 46.

im zweiten Wahlgang nicht dem Volksblock, die BVP aber dem Reichsblock anschließen, was allein Hindenburg etwa eine halbe Million Stimmen einbrachte.⁶⁶

Der Reichsblock nutzte außerdem konfessionelle Gräben aus. Seine Propaganda gegen den katholischen Marx, der von den „atheistischen Marxisten“ getragen werde, ließ viele Katholiken lieber den evangelischen Hindenburg wählen. Schließlich wird die Wahl auch als Sehnsucht vieler Deutscher nach vergangenen Zeiten und einem „Ersatzkaiser“ gedeutet.⁶⁷ Letztlich war es wohl die „überparteiliche Popularität“ Hindenburgs, die ihn im Vergleich zu Jarres drei Millionen Stimmen hinzugewinnen ließ, während Marx die Wählerschaft der Weimarer Koalition nicht ausweiten konnte.⁶⁸

5. Die Methode der Untersuchung

Diese Arbeit untersucht die Berichterstattung der Frankfurter Zeitung zur Reichspräsidentenwahl 1925 im Rahmen einer leitfragengestützten Analyse. Die drei Leitfragen sind:

1. *Welcher Kandidat oder welche Partei wird bewertet?* Welche Kandidaten und Parteien erwähnt die Frankfurter Zeitung, welche ignoriert sie?
2. *Wird implizit oder explizit bewertet?* Ist die Frankfurter Zeitung offen in ihrer Bewertung eines Kandidaten oder einer Partei oder impliziert sie ihre Bewertung nur?
3. *Wie wird bewertet?* Ist die Frankfurter Zeitung positiv oder negativ gegenüber einem Kandidaten oder einer Partei eingestellt, und was begründet ihre Bewertung?

Wegen der politischen Relevanz der Reichspräsidentenwahl wurden praktisch alle Artikel, die über die Wahl berichteten, auf den ersten beiden Seiten der Zeitung abgedruckt. Die letzten Wochen vor einer Wahl sind darüber hinaus normalerweise die intensivsten für die Berichterstattung, auch schon in der Weimarer Republik.⁶⁹ Untersuchungsobjekte sind daher alle Artikel, die in den zwei Wochen vor den beiden Wahlgängen in der

⁶⁶ Vgl. Falter, Jürgen W. (1990). The Two Hindenburg Elections of 1925 and 1932: A Total Reversal of Voter Coalitions. In: Central European History, 23:2/3, 225-241, S. 234.

⁶⁷ Vgl. Holl, Karl: Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik. Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1969), S. 254-275, S. 255-259.

⁶⁸ Vgl. Schildt (2009), S.95.

⁶⁹ Vgl. Wilke/Sprott (2009), S. 288.

Frankfurter Zeitung auf den ersten beiden Seiten erschienen sind und die inhaltlich die Wahl, einen oder mehrere Kandidaten oder eine oder mehrere Parteien und ihr Handeln in Bezug auf die Wahl zum Inhalt haben. Das sind die Ausgaben

- 198 (Erstes Morgenblatt vom 15. März 1925) bis 237 (Zweites Morgenblatt vom 29. März 1925) und
- 272 (Erstes Morgenblatt vom 12. April 1925) bis 308 (Zweites Morgenblatt vom 26. April 1925).

Die folgenden fünf Themen werden analysiert:

Die Konsequenzen eines Wahlsiegs für die Republik befasst sich mit innen- und außenpolitischen Folgen, die die Wahl eines Kandidaten haben kann; so etwa mit der Frage nach der Staatsform, ihrer Umsetzung, den internationalen Beziehungen und sozialen Verhältnissen.

Die politische Eignung der Kandidaten befasst sich mit dem Erfolg und den Fähigkeiten in der Politik, die die Kandidaten in der Vergangenheit und im aktuellen Wahlkampf gezeigt haben.

Die persönliche Eignung der Kandidaten befasst sich mit charakterlichen und persönlichen Eigenschaften, die zur Präsidentschaft befähigen; so etwa Gemüt oder Bildung.

Der Wahlkampf der Parteien und Blöcke befasst sich mit der Umsetzung der Propaganda und der Frage nach ihrer Angemessenheit und ihrer inhaltlichen Korrektheit.

Die Einigkeit der Parteien und Blöcke befasst sich mit den Beziehungen der Parteien und Politiker innerhalb des republikanischen und des rechten Lagers nach innen und dem geschlossenen Auftreten nach außen.

6. Die Berichterstattung der Frankfurter Zeitung im Wahlkampf

6.1. Der erste Wahlgang

Die Frankfurter Zeitung nimmt eine klare Stellung ein: Sie stellt sich gegen den Kandidaten des Reichsblocks, Karl Jarres, und unterstützt die Kandidatur von Willy Hellpach. Diese beiden Kandidaten sind auch der Fokus der Berichterstattung der FZ. Wilhelm Marx und Otto Braun werden selten erwähnt; Heinrich Held und Erich Ludendorff nur beiläufig in Analysen der Koalitionspolitik. Ernst Thälmann kommt in der Berichterstat-

tung zum ersten Wahlgang nicht vor. Die FZ konzentriert sich hauptsächlich auf Personen, nicht auf Parteien – anders als das in der Presse zu Reichstagswahlen der Fall war.⁷⁰

Die FZ ruft dabei offen und explizit zur Wahl Hellpachs auf:

„Für einen der republikanischen Kandidaten stimmen! Und der zur Einigung im zweiten Wahlgang geeignetste, auch als Persönlichkeit hervorragende Kandidat ist nach unserer festen Überzeugung der badische Staatspräsident Willy Hellpach.“⁷¹

Das zeigt sich auch am unkommentierten Abdruck des Wahlzettels, auf dem der Name Hellpach in fetter Schrift steht.⁷²

6.1.1. Die Konsequenzen eines Wahlsieges für die Republik

Die Frankfurter Zeitung sieht einen klaren Dualismus in den Kandidaten der republikanischen Parteien und dem der Rechten: Während SPD, DDP und Zentrum eindeutig für ein Fortbestehen der Republik stünden, seien die rechten Parteien darauf aus, Obrigkeits- und Gehorsamsstaat wiedereinzuführen.

Dagegen stehe die Kandidatur Willy Hellpachs, der das Kaiserreich überwinden und die Republik vor antidemokratischen Bestrebungen schützen werde. Außerdem betone Hellpach besonders die Relevanz des Völkerbundes zur internationalen Einigung, um die Fragen nach deutschen Gebieten an Rhein und Ruhr und östlich der Oder/Neiße-Linie zu klären sowie den Anschluss Österreichs zu ermöglichen.⁷³ Diese Einstellungen begrüßt die FZ. In Bezug auf die Monarchie kommentiert sie: „Hellpach ist ein Kämpfer, der dafür kämpft, daß Vergangenes vergangen sein muß.“⁷⁴

In Hellpachs Sinne handelten auch die Kandidaten der anderen republikanischen Parteien. Die FZ schreibt zu einer Rede Wilhelm Marx‘ zwar, dass sie politische Differenzen zum Zentrum habe, „aber das Vertrauen zu seiner [Marx‘, Anm. d. Verf.] republikanische[r] Zuverlässigkeit und seiner sozialen Gesinnung konnte durch solche Differenzen nicht erschüttert werden.“⁷⁵ Ebenso hält sie Otto Braun für einen konsequenten Demokraten.⁷⁶ Der SPD gehe es aber weniger um den Erhalt der Republik nach außen, son-

⁷⁰ Vgl. Engelmann (2003), S. 158-59.

⁷¹ Vgl. FZ, „Frankfurt, 16. März“, 16.3., Nr. 201, S. 1..

⁷² Vgl. FZ, „Der Stimmzettel.“, 20.3., Nr. 213, S. 1.

⁷³ Vgl. FZ, „Hellpach im Rheinland.“, 19.3., Nr. 210, S. 1.

⁷⁴ Vgl. FZ, „Die Kandidatur Hellpach in Bayern“, 16.3., Nr. 200, S. 2.

⁷⁵ Vgl. FZ, „Dr. Marx in Köln.“, 26.3., Nr. 227, S. 2.

⁷⁶ Vgl. FZ, „Frankfurt, 28. März.“, 28.3., Nr. 235, S. 1 und FZ, „Wahltag“, 29.3., Nr. 237, S. 1.

dern eher um die Erfüllung der Republik mit sozialem Inhalt - deswegen auch der eigene Kandidat.⁷⁷

Die FZ ist dennoch besorgt, dass ein Wahlsieg Karl Jarres‘ den Einfluss der mehr oder weniger heimlichen Monarchisten vergrößern könnte. Als Beispiel zieht sie eine Rede Jarres‘ vor Studenten 1923 heran, in der er gesagt haben soll, dass er zwar „der Republik diene“, nicht aber „auf ihrem Boden“ stehe. Dazu merkt die FZ an: „Es wird gut sein, wenn man sich im Wahlkampf an diese offenherzige Äußerung erinnert“.⁷⁸ Auch eine Kandidatenrede Jarres‘ analysiert die FZ: Indem er sage, er sei als Präsident zwar an einen Eid auf die Verfassung gebunden, diese sei aber „reformbedürftig“, habe er sich „das Bekenntnis zur Republik also gespart“.⁷⁹ So stellt die FZ Karl Jarres selbst als Monarchisten dar. Allein das Vertrauen der Monarchisten in Karl Jarres sei aber schon Grund genug für Republikaner, ihm nicht zu trauen.⁸⁰

Dass Reaktionäre versuchen, die junge Republik an sich zu reißen, schreibt auch Anton Erkelenz, Vorsitzender des DDP-Vorstands,⁸¹ in einem Gastbeitrag. Das ginge auch ohne Revolution mit einem Präsidenten von hoher gesellschaftlicher Stellung. Jarres sei zwar kein starker Mann, aber zweifellos Vertreter eines „schleichenden Monarchismus“.⁸² Trotzdem glaubt die FZ nicht, dass die Monarchie selbst in Deutschland wieder Fuß fassen wird:

„Will es [das deutsche Volk, Anm. d. Verf.] dem verrauschenden Strom der gegenrevolutionären Bewegung noch das Opfer der Wahl Jarres bringen, obwohl Wichtigeres auf dem Spiele steht, obwohl diese Bewegung innerlich so schwach geworden ist, daß sie kaum mehr von den Dingen zu reden wagt, die ihr einst so heiß auf der Seele brannten?“⁸³

Die Frankfurter Zeitung sorgt sich außerdem um die internationale Stellung Deutschlands. So gelte Jarres im Ausland als „Kandidat des geschlagenen deutschen Imperialismus“, dessen militaristische und nationalistische Gesten nur Unmut hervorrufen, aber ohne Substanz seien und daher auch keinerlei Vorurteile hätten. Jarres werde keine Einigung im Völkerbund suchen, dagegen aber ermöglichen, dass Agrar- und Schwerin-

⁷⁷ Vgl. FZ, „Der Standpunkt der Sozialdemokraten.“, 21.3., Nr. 215, S. 1.

⁷⁸ Vgl. FZ, „Der Monarchist Jarres.“, 18.3., Nr. 206, S. 1.

⁷⁹ Vgl. FZ, „Dr. Jarres‘ Kandidatenrede.“, 19.3., Nr. 209, S. 2.

⁸⁰ Vgl. FZ, „Jarres Platzhalter der Monarchie.“, 29.3., Nr. 237, S.1.

⁸¹ Zu Anton Erkelenz vgl. Stolberg-Wernigerode, Otto zu (1959). Neue deutsche Biographie, Band 4: Dittel – Falck. Berlin: Duncker & Humblot, S. 591. Verfügbar unter http://daten.digital-sammlungen.de/bsb00016320/image_607, abgerufen am 4.8.2012.

⁸² Vgl. FZ, „Aufmarsch zur Reichspräsidentenwahl“, 21.3., Nr. 214, S. 1.

⁸³ Vgl. FZ, „Ein seltsamer Wahlkampf“, 25.3., Nr. 224, S. 1.

dustrie mit Preiserhöhungen die Last der Isolation Deutschlands auf das Volk abwälzen können, was wiederum zu innenpolitischen Problemen führe.⁸⁴

6.1.2. Die politische Eignung der Kandidaten

Auch was die politische Eignung der Kandidaten angeht, trennt die FZ klar zwischen den republikanischen Kandidaten und Karl Jarres. Während zwar Hellpach, Braun, Marx und Jarres alle schon länger in der Politik tätig gewesen waren, steht für die FZ der jeweilige Erfolg dieser Tätigkeiten außer Frage.

Hellpach stehe als liberaler Kandidat für den „Weg der Mitte“ zwischen SPD und Zentrum; als solcher habe er die Qualitäten, ein „echter Einigungskandidat“ zu sein und zu werden.⁸⁵ Als Staatspräsident von Baden sei er darüber hinaus politisch erfolgreich und ein Vorbild, wie ein unkommentierter Wahlauf Ruf seiner Partei verkündet.⁸⁶ Die FZ schreibt, Hellpach sei ein pragmatischer Politiker, „kein Träumer, kein Phantast“, sondern jemand, der weiß, dass „nüchterne und politische Aufbauarbeit nottut“,⁸⁷ und der nicht „halb überholt[e] Zielformeln zum tausendsten Mal“ wiederholt.⁸⁸

Durch Artikel über Kreise jenseits der DDP und Zitate ausländischer Zeitungen, die Hellpachs Einstellungen loben, drückt die FZ darüber hinaus aus, dass er politisch geeignet ist, das Amt zu bekleiden und international Zustimmung erfahren wird.⁸⁹

Die politischen Erfolge und Erfahrungen von Otto Braun und Wilhelm Marx weiß die FZ ebenfalls zu schätzen: Sie sieht sie als „tüchtige Männer, die jeder auf seinem Felde etwas geleistet haben, als ehrliche und zuverlässige Charaktere, die sich persönliches Vertrauen zu erwerben wussten und es verdienen“. Durch ihre „etwas zur Formel erstarrte“ parlamentarische Sprache zeige sich aber eine politische Inflexibilität, die die FZ fragen lässt: „Aber ist ihr [Marx‘ und Brauns, Anm. d. Verf.] Platz der Posten des Reichspräsidenten, den die Verfassung in weiser Absicht aus der Sphäre des Parlamentarismus herausgehoben hat?“⁹⁰ Daher bleibe Hellpach der am besten geeignete Kandidat.

⁸⁴ Vgl. FZ, „Ein seltsamer Wahlkampf“, 25.3., Nr. 224, S. 1.

⁸⁵ Vgl. FZ, „Wer kommt in die Stichwahl?“, 25.3., Nr. 224, S. 1.

⁸⁶ Vgl. FZ, „Zur Reichspräsidentenwahl. Ein demokratischer Wahlauf Ruf.“, 15.3., Nr. 199, S. 1.

⁸⁷ Vgl. FZ, „Die Kandidatur Hellpach in Bayern“, 16.3., Nr. 200, Morgenblatt, S. 2.

⁸⁸ Vgl. FZ, „Bemerkungen“, 23.3., Nr. 219, Morgenblatt, S. 1.

⁸⁹ Vgl. etwa FZ, „Volksparteiliches Urteil über Hellpach.“, 18.3., Nr. 205, S. 1; „Eine Würdigung Hellpachs“, 18.3., Nr. 206, S. 2; „Das Kölner Zentrumsorgan zu Dr. Hellpachs Rede.“, 20.3., Nr. 213, S. 1; „Zur Präsidentenwahl. Die Aerzte [sic] und Dr. Hellpach.“, 27.3., Nr. 231, S. 2; „Eine Kundgebung geistiger Berufe.“, 28.3., Nr. 235, S. 1.

⁹⁰ Vgl. FZ, „Frankfurt, 28. März.“, 28.3., Nr. 235, S. 1.

Karl Jarres dagegen sei nur ein „Verlegenheitskandidat“, der einzige, auf den sich der Reichsblock einigen konnte. Die FZ wirkt ironisch und herablassend in ihrer Gegenüberstellung der hohen Pflichten eines Reichspräsidenten und der Beschreibung des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres, der ein „ein tüchtiger Kommunalbeamter und trotz des verhängnisvollen Fehlgreifens in seiner Rheinlandpolitik ein braver und patriotischer Mann“ sei.⁹¹ Gerade die Rheinlandpolitik nämlich ist der größte Vorwurf der FZ an Jarres: Als „Vater der Versackungspolitik“⁹² habe er in seiner damaligen Position als Reichsinnenminister daran gedacht, das Rheinland, zumindest zeitweise, Frankreich zu überlassen. Jarres leugne diese Überlegungen im aktuellen Wahlkampf, die Veröffentlichung von Protokollen beweise aber das Gegenteil. Die Frankfurter Zeitung nennt ihn daher explizit einen Lügner.⁹³ Weiterhin betont die FZ, dass das Buch mit diesen Informationen ohne Wissen über den Wahlkampf erschienen und daher nicht polemisch sei.⁹⁴ So will sie auch dem Vorwurf, selbst zu polemisieren, zuvorkommen.

Aus all dem sieht die FZ Konsequenzen für die aktuelle Wahl:

„Es war die von ihm [Jarres, Anm. d. Verf.] so stark bekämpfte Politik des Wiedereinlenkens, der es das deutsche Volk verdankt, daß die deutsche Staatshoheit auch im Rheinland wieder zur Geltung gelangte, daß sich unbesetztes und besetztes Gebiet wieder eins fühlen [...] Dies alles würde die Versackungspolitik des Herrn Dr. Jarres im voraus [sic] zerschlagen haben. Man sollte meinen, daß dem deutschen Wähler die Entscheidung nicht schwerfallen kann, ob die Führung der Reichsgeschäfte einem Manne überantwortet werden darf, der in entscheidender Stunde einen derartigen Mangel an politischen Urteil gezeigt hat.“⁹⁵

Jarres sei außerdem ein blasser Kandidat. Er habe einen „starken Mangel an politischer Selbstständigkeit und staatsmännischen Weitblicks“;⁹⁶ politisches Profil erhalte Jarres erst durch die Liste an Unterzeichnern seines Wahlaufufes, so sehr der Aufruf selbst ihn preisen möge.⁹⁷ Letztlich rechne der Reichsblock so nur mit dem „Trägheitsmoment“, dass sich Teile der Jugend und des liberalen Bürgertums nach rechts orientiert haben; eine andere Chance auf Erfolg habe er nicht.⁹⁸

⁹¹ Vgl. FZ, „Frankfurt, 16. März“, 16.3., Nr. 201, S. 1.

⁹² Vgl. ebd.

⁹³ Vgl. FZ, „Wahlmethoden des Jarres-Blockes.“, 27.3., Nr. 230, S. 1.

⁹⁴ Vgl. FZ, „Das Material zur Versackungspolitik.“, 25.3., Nr. 224, S. 1.

⁹⁵ Vgl. FZ, „Dokumente zur Versackungspolitik. Eine entscheidende Veröffentlichung.“, 21.3., Nr. 216, S. 1.

⁹⁶ Vgl. FZ, „Dr. Jarres in Bayern.“, 25.3., Nr. 225, S. 2.

⁹⁷ Vgl. FZ, „Ein Aufruf des ‚Reichsblocks‘“, 15.3., Nr. 199, S. 1.

⁹⁸ Vgl. FZ, „Ein seltsamer Wahlkampf“, 25.3., Nr. 224, S. 1.

6.1.3. Die persönliche Eignung der Kandidaten

Auch persönlich hält die FZ Willy Hellpach für den am besten geeigneten Kandidaten. Als Hochschullehrer, Wissenschaftler und Staatspräsident sowie Kultusminister Badens sei er umfassend gebildet und besitze so größere Weitsicht als Karl Jarres. Sein kürzlich erschienenenes Buch über Bildungspolitik leitet die FZ zur Aussage: „Hellpach ist ein Mann, der etwas zu sagen hat.“ Der Inhalt „zeigt uns wieder die innere Geschlossenheit der Person“.⁹⁹

Eine weitere Stärke seien seine überzeugenden Reden. Zu einer Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt meint die FZ: „Die Versammlung begreift: daß ein Führer ihrer Zeit zu ihr spricht [...]“¹⁰⁰ Seine Reden seien ergreifend:

„In Hellpachs Reden ist nichts von Agitation gewesen und nichts von Polemik. Aber neue und eigene Gedanken waren darin. Ein heller und aufhellender politischer Blick blitzte in ihnen. Der Wille eines Mannes packte die Massen, der zum Führen geboren schien, eines Mannes, dem es nicht um eigene Erhöhung, sondern um eine Sache und um sein Volk geht.“¹⁰¹

Die FZ widmet Hellpach sogar einen Feuilleton-Artikel, in dem seine Persönlichkeit anhand eines Besuchs in der badischen Staatskanzlei als würdevoll, ruhig, respektvoll und arbeitsfreudig beschrieben wird;¹⁰² ein Gastbeitrag nennt ihn eine „völlig unverbraucht[e], urgesund[e] Menschennatur“.¹⁰³ Dazu ehrt die FZ seinen großen Einsatz im Wahlkampf.¹⁰⁴

Jarres dagegen sei eine „menschliche Enttäuschung“ in seinen Ausreden zu seiner Rheinlandpolitik, wenn auch seine „ernsthaften politischen Gegner“ ihm nicht seinen Charakter, sondern seine Politik vorwerfen.¹⁰⁵ Darüber hinaus bestünden seine Reden aus „Allgemeinheiten und Unverbindlichkeiten“; Jarres sei „kein hinreißender Redner“.¹⁰⁶ Als schwacher Mann würde er im Hintergrund gelenkt von Gustav Stresemann, der die eigentliche Macht an sich binden wolle.¹⁰⁷

⁹⁹ Vgl. FZ, „Die deutsche Schule. Ein neues Buch von Hellpach.“, 17.3., Nr. 202, S. 1.

¹⁰⁰ Vgl. FZ, „Hellpach in Frankfurt.“, 18.3., Nr. 206, S. 1.

¹⁰¹ Vgl. FZ, „Frankfurt, 28. März“, 28.3., Nr. 235, S. 1.

¹⁰² Vgl. FZ, „Hellpach. Ein Porträt.“, 29.3., Nr. 236, S. 1.

¹⁰³ Vgl. FZ, „Kandidatur Hellpach.“ (Dibelius, Martin), 22.3., Nr. 217, S. 1.

¹⁰⁴ Vgl. FZ, „Frankfurt, 28. März“, 28.3., Nr. 235, S. 1.

¹⁰⁵ Vgl. FZ, „Preisgabe des Rheinlandes. Zu den Ablenkungsversuchen des Herrn Jarres.“, 24.3., Nr. 221, S. 1.

¹⁰⁶ Vgl. FZ, „Dr. Jarres in Bayern.“, 25.3., Nr. 225, S. 1.

¹⁰⁷ Vgl. FZ, „Aufmarsch zur Reichspräsidentenwahl“ (Erkelenz, Anton), 21.3., Nr. 214, S. 1.

6.1.4. Der Wahlkampf der Parteien

Unter der Überschrift „Ein seltsamer Wahlkampf.“ kommentiert die FZ die Anstrengungen der Parteien. Die Kandidaten erschienen oft unscharf und unklar, weil Jarres sein Möglichstes tue, die Unterschiede zu verwischen, um als Kandidat für das ganze Volk dazustehen.¹⁰⁸

Die FZ berichtet nicht explizit über den Wahlkampf der DDP oder der anderen republikanischen Parteien, abgesehen von Reden Hellpachs und Marx‘ und Kundgebungen einzelner Parteien oder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.¹⁰⁹ Die FZ spricht dabei immer von Begeisterungstürmen und massivem Andrang.¹¹⁰ Außerdem druckt sie den Wahlauf Ruf der DDP¹¹¹ und des Reichsbanners.¹¹²

In der intensiven Analyse des Reichsblock-Wahlkampfes ist die FZ aber harsch. Dessen Wahlauf Ruf druckt die FZ nicht ab, zitiert aber aus ihm. Der Ton ist spöttisch; der Auf Ruf „rühme“ Jarres als „lauteren Charakter“, „Mann des sozialen Fortschritts“ und „von kerndeutscher christlicher Überzeugung“.¹¹³ In Wirklichkeit bestehe der Wahlkampf aus „Schmeicheleien“ Jarres‘ und abstoßendem „Tamtam“.¹¹⁴ Obwohl Jarres selbst von der Notwendigkeit eines sauberen Wahlkampfes spreche, verleumde ein Flugblatt Otto Braun als Kommunisten;¹¹⁵ ein anderes zeige beleidigende Karikaturen der republikanischen Kandidaten.¹¹⁶ Außerdem betont die FZ Zurückweisungen verschiedener Behauptungen des Reichsblocks.¹¹⁷

Aus einer durchgesickerten Anweisung der DNVP-Hauptgeschäftsstelle zum Wahlkampf greift die Frankfurter Zeitung heraus, dass zwar Feste mit schwarz-weiß-roter

¹⁰⁸ Vgl. FZ, „Ein seltsamer Wahlkampf.“, 25.3., Nr. 224, S. 1.

¹⁰⁹ Zur Massenorganisation zum Schutz der Republik, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, vgl. Merta, Klaus-Peter/Scriba, Arnulf (ohne Jahr). Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Lebendiges Virtuelles Museum Online. Verfügbar unter <http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/gewalt/reichsbanner>, abgerufen am 10.8.2012.

¹¹⁰ Vgl. etwa FZ, „Die Reichspräsidentenwahl. Eine Rede Dr. Hellpachs in Karlsruhe.“, 16.3., Nr. 200, Morgenblatt, S. 1; „Hellpach in Frankfurt.“, 18.3., Nr. 206, S. 1; „Präsidentchaftskandidat Hellpach.“, 21.3., Nr. 215, S. 1; „Die Präsidentschaftskampagne. Die Kandidatenreise Dr. Hellpachs.“, 23.3., Nr. 219, S. 1; „Dr. Hellpach in Dresden.“, 24.3., Nr. 222, S. 1; „Kandidatenrede Marx‘. Adenauer gegen die Angriffe Dr. Jarres“, 25.3., Nr. 225, S. 1; „Dr. Hellpach in Breslau.“, 26.3., Nr. 228, S. 1; „Hellpach in Berlin.“, 27.3., Nr. 231, S. 1.

¹¹¹ Vgl. FZ, „Zur Reichspräsidentenwahl. Ein demokratischer Wahlauf Ruf.“, 15.3., Nr. 199, S. 1.

¹¹² Vgl. FZ, „Der Reichsbanner zur Wahl.“, 17.3., Nr. 203, S. 2.

¹¹³ Vgl. FZ, „Ein Auf Ruf des ‚Reichsblocks‘“, 15.3., Nr. 199, S. 1.

¹¹⁴ Vgl. FZ, „Die Präsidentschaftskampagne. Die Stimmung in Bayern.“, 28.3., Nr. 234, S. 1.

¹¹⁵ Vgl. FZ, „Dr. Jarres‘ Kandidatenrede.“, 19.3., Nr. 209, S. 2.

¹¹⁶ Vgl. FZ, „Ein Flugblatt des Reichsblocks.“, 28.3., Nr. 235, S. 1.

¹¹⁷ Vgl. FZ, „Der Täuschungsversuch des Jarresblocks.“, 27.3., Nr. 232, S. 1 und „Der Pressechef des Jarresblocks.“, ebd.

Dekoration veranstaltet, politische Reden und Flugblätter dabei aber nur zurückhaltend benutzt werden sollen. Die FZ zeigt sich empört:

„Die ‚bürgerlichen Gesangvereine, Turnvereine usw.‘ [die dazu eingeladen werden sollen, Anm. d. Verf.] wissen nun, wenn ihre Mitwirkung bei ‚Deutschen Abenden‘ erbeten wird, zu welchen politischen Zwecken man sie missbrauchen will.“¹¹⁸

Überhaupt scheitere der Versuch, mit Verblendung und Show Jarres als Kandidaten für das ganze Volk darzustellen: „So sucht man die Wähler einzuwickeln und sie darüber zu täuschen, daß es sich um einen Parteikandidaten der Rechten [handelt.] [...]“¹¹⁹ Für diese „Massensuggestion“ wende der Rechtsblock trotzdem den Hauptteil seiner Geldmittel auf.¹²⁰

Auch die Parteipresse und nahestehende Blätter betreiben laut FZ unlautere Propaganda – außerdem auch die Telegraphen Union und das nominell unabhängige Wolff'sche Telegraphen Bureau.¹²¹ Die rechte Presse schrecke dabei nicht einmal vor persönlichen Verleumdungen gegen Willy Hellpach zurück, die die FZ für lügnerisch und „niederträchtig“ hält und für die sie Jarres verantwortlich macht:

„Ist das nicht die scheußlichste Methode der Vergiftung und Verhetzung, die sich vorstellen lässt? Seit Tagen gehen diese Schmutzereien durch die Jarres-Presse, aber der ‚ritterliche‘ Kandidat hat kein Wort gefunden, seine Leute zur Ordnung zu rufen.“¹²²

Die FZ greift darüber hinaus Aussagen der rechten Propaganda auf und widerspricht ihnen explizit. So antwortet sie beispielsweise der Behauptung, nur die rechten Parteien träten für das religiöse Element im Staat ein. Dabei spart die Zeitung nicht an Hohn:

„Eine Wahlkampagne [...] ist nicht nur eine wichtige und ernste, sondern auch eine unterhaltsame Sache, wenigstens für den, der den ungewollten Humor zu würdigen weiß, welcher in manchen Lügen der Agitation zutage tritt. Daß die Parteien der Rechten dick auftragen und tausendmal an einem Tage leichtfertig dahinreden, ist der Beachtung nicht wert. Aber einige ihrer Clichés stehen in einem so grotesken Gegensatze zu den Tatsachen, daß sie zu einer Beleuchtung herausfordern.“¹²³

¹¹⁸ Vgl. FZ, „Stimmung, Gemütlichkeit, feine Politik.‘ Eine deutschnationale Parole für Jarres.“, 19.3., Nr. 208, S. 1.

¹¹⁹ Vgl. FZ, „Dr. Jarres in Bayern.“, 25.3., Nr. 225, S. 1.

¹²⁰ Vgl. FZ, „Wahlmethoden des Jarres-Blockes.“, 27.3., Nr. 230, S. 1.

¹²¹ Vgl. FZ, „Bemerkungen.“, 28.3., Nr. 234, S. 1.

¹²² Vgl. FZ, „Wahlmethoden des Jarres-Blockes.“, 27.3., Nr. 230, S. 1.

¹²³ Vgl. FZ, „Frankfurt, 26. März.“, 26.3., Nr. 229, S. 1.

Argumente gegen Hellpachs Kulturpolitik nennt die FZ selbst für Reaktionäre „zu dumm“.¹²⁴

6.1.5. Die Einigkeit der Republikaner und des Reichsblocks

Die Frankfurter Zeitung bedauert das Nichtzustandekommen einer republikanischen Sammelkandidatur. Die Schuld dafür gibt sie der SPD und dem Zentrum, die die DDP so zwingen, mit einem eigenen Kandidaten nachzuziehen.¹²⁵

Dennoch unterstützt die FZ prinzipiell alle republikanischen Kandidaten mit dem Aufruf: „Für einen der republikanischen Kandidaten stimmen!“, auch wenn sie danach Hellpach als ihren Favoriten nennt.¹²⁶ Dennoch behauptet sie: „Wir wissen uns frei von Engherzigkeit gegenüber anderen Kandidaten“,¹²⁷ d.h. denen der Republikaner. Zuvor hatte sie allerdings Otto Braun die „Sonderkandidatur der SPD“ genannt.¹²⁸ Der Reichsblock suche diese Schwäche der Republikaner zwar auszunutzen,¹²⁹ für den wahrscheinlichen zweiten Wahlgang spekuliert die FZ aber ohnehin auf eine Einheitskandidatur der Weimarer Koalition.¹³⁰

Den Kandidaten des Reichsblocks betrachtet die FZ entgegen dessen Selbstverständnis nicht als Einheitskandidatur. Das Bündnis sei schon auseinandergebrochen, bevor es mit seiner Arbeit beginnen konnte. So nennt die FZ die „unwahrhaftige Firma ‚Reichsblock‘“¹³¹ konsequent nur „Rechtsblock“ und impliziert so, dass sie nicht die ganze deutsche Wählerschaft repräsentiert, sondern nur den politisch rechten. Die FZ kommentiert beißend:

„So viel ergibt sich aus alledem, daß der Aufruf des Westarp-Stresemann-Loebell-Blocks, ‚fast die Mehrheit aller deutschen Wähler‘ hinter sich zu haben, eine der lächerlichsten Behauptungen ist, die wohl je in der deutschen Politik aufgestellt worden ist.“¹³²

¹²⁴ Vgl. FZ, „Bemerkungen.“, 19.3., Nr. 209, S. 1.

¹²⁵ Vgl. FZ, „Frankfurt, 16. März“, 16.3., Nr. 201, S. 1.

¹²⁶ Vgl. ebd.

¹²⁷ Vgl. FZ, „Wahltag.“, 29.3.1935, Nr. 237, S. 1.

¹²⁸ Vgl. FZ, „Der Standpunkt der Sozialdemokraten.“, 21.3., Nr. 215, S. 1.

¹²⁹ Vgl. FZ, „Frankfurt, 16. März“, 16.3., Nr. 201, S. 1.

¹³⁰ Vgl. FZ, „Gespräch auf der Trambahn.“, 29.3., Nr. 236, S. 1.

¹³¹ Vgl. FZ, „Ein Aufruf des ‚Reichsblocks‘“, 15.3., Nr. 199, S. 1.

¹³² Vgl. FZ, „Frankfurt, 16. März“, 16.3., Nr. 201, S. 1. Gemeint sind Kuno Graf von Westarp, ein führender Kopf der DNVP, Gustav Stresemann, Reichsaußenminister und DVP-Vorsitzender und Friedrich Wilhelm von Loebell, ein ehemaliger preußischer Verwaltungsbeamter, der in der Weimarer Republik antidemokratische Kräfte zu einigen suchte. Vgl. hierzu Bundesarchiv (Hrsg.) (ohne Jahr). Akten der Reichskanzlei: Weimarer Republik. „Kuno Graf von Westarp“. Verfügbar unter http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0001/adr/adrsz/kap1_5/para2_116.html, abgerufen am 8.7.2012; Eckelmann, Susanne (ohne Jahr). Tabellarischer Lebenslauf von Gustav Stresemann.

Immer wieder berichtet die FZ von Uneinigkeiten, gerade, was die Unterstützung einzelner Parteien angeht. Die BVP hat mit Heinrich Held ihren eigenen Kandidaten aufgestellt;¹³³ außerdem haben der Bauernbund, die Deutschhannoversche Partei und Teile der WP dem Reichsblock ihre Unterstützung entzogen. Dass außerdem Völkische und Nationalsozialisten ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben, habe dem Reichsblock eine „schwere Enttäuschung bereitet.“¹³⁴ Daher kommt die FZ in ihrer Analyse des Bewerberfeldes zum Schluss:

„So ist es heute nichts weiter als ein lächerlicher Unfug, wenn dieser Torso eines ‚nationalen‘ Blockes der Wählerschaft weiszumachen sucht, daß er ernsthaft Aussicht auf einen Erfolg im ersten Wahlgang habe.“¹³⁵

Anton Erkelenz kommentiert, die Rechte sei generell unfähig, über die Grenzen der eigenen Reihen hinauszusehen. Am übelsten sei Gustav Stresemann, der schon im Vorfeld der Wahl einer gemeinsamen Kandidatur der meisten Reichstagsparteien vehement widersprochen habe und auch jetzt mit dem schwachen Mann Jarres dessen Macht an sich binden wolle.¹³⁶

6.2. Der zweite Wahlgang

Im ersten Wahlgang konnte keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erringen. Obwohl der Reichsblock angekündigt hatte, dass Karl Jarres sein Kandidat für beide Wahlgänge sein sollte,¹³⁷ ernannte er überraschend Paul von Hindenburg. Dazu unterstützten BVP und Völkische die Kandidatur. Die republikanischen Parteien konnten sich nun auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen; die Wahl fiel auf Wilhelm Marx vom Zentrum, den ehemaligen Reichskanzler. Die KPD blieb bei Thälmann, so dass nun drei Männer zur Wahl standen.

Die Frankfurter Zeitung stellte sich bedingungslos hinter Marx, um das Amt einem Republikaner zukommen zu lassen. Hindenburg und der Reichsblock werden sogar noch intensiver kritisiert, als das im ersten Wahlgang bei Jarres der Fall war. Dabei erschie-

Lebendiges Virtuelles Museum Online. Verfügbar unter
<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/StresemannGustav/index.html>, abgerufen am 8.7.2012 und
Stolberg-Wernigerode, Otto zu (1987). Neue deutsche Biographie, Band 15: Locherer - Maltza(h)n. Berlin: Duncker & Humblot, S.22-23. Verfügbar unter http://daten.digital-sammlungen.de/bsb00016333/image_38, abgerufen am 8.7.2012.

¹³³ Vgl. FZ, „Ein Aufruf des ‚Reichsblocks‘“, 15.3., Nr. 199, S. 1.

¹³⁴ Vgl. FZ, „Wahlmethoden des Jarres-Blockes.“, 27.3., Nr. 230, S. 1.

¹³⁵ Vgl. ebd.

¹³⁶ Vgl. FZ, „Aufmarsch zur Reichspräsidentenwahl“ (Erkelenz, Anton), 21.3., Nr. 214, S. 1.

¹³⁷ Vgl. FZ, „Jarres ist Kandidat für beide Wahlgänge.“, 25.3., Nr. 225, S. 1.

nen in den zwei Wochen vor dem zweiten Wahlgang insgesamt mehr Artikel über die Wahl als in den zwei Wochen vor dem ersten. Auffallend ist, dass sich die meisten dieser Artikel nicht mit dem republikanischen Favoriten beschäftigen, sondern öfter mit Hindenburg und dem Reichsblock. Thälmann wird nur ein einziges Mal beiläufig erwähnt.¹³⁸

6.2.1. Die Konsequenzen eines Wahlsieges für die Republik

Grundsätzlich sieht die Frankfurter Zeitung im zweiten Wahlgang ähnliche Konsequenzen für die deutsche Demokratie wie im ersten: Wilhelm Marx stehe für Demokratie und internationale Verständigung, Paul von Hindenburg für Obrigkeitsstaat und Isolation. Ihre Befürchtungen für einen Wahlsieg des Reichsblocks haben sich mit der Kandidatur Hindenburgs aber intensiviert.

In seiner ersten Rede im Wahlkampf konkretisiert Wilhelm Marx seine demokratische Einstellung: „[...] [J]eder national denkende Mann [muss] sich auf den Boden der Verfassung stellen und zur Verteidigung der Republik bereit sein.“ Das sei auch für das Ansehen im Ausland essentiell, ohne das es keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben könne.¹³⁹ Dass Demokratie, Verständigung und Zusammenarbeit der einzige Weg zum Wiederaufbau Deutschlands ist, unterstützt die FZ; ebenso, dass unter Marx Deutschland keine „Kasten- und Privilegienrepublik [...] und keine Republik der wirtschaftlichen Sonderinteressen“ sein werde.¹⁴⁰

Zur Unterstützung dieser Position druckt die FZ beispielsweise einen Gastbeitrag von Robert Bosch ab, dem „Stuttgarter Großindustrielle[n]“. Darin unterstützt er Marx' Absicht zur internationalen Verständigung und nennt sie essentiell für die Wirtschaft.¹⁴¹ Ein anderer Gastbeitrag betont entsprechend den Versuch der Rechten, einen „krassen Widerspruch zwischen der Hindenburg-Romantik und den volkswirtschaftlichen Realitäten zu vertuschen“.¹⁴² Durch den Zuspruch von außenstehenden Autoritäten, die normalerweise politisch eher rechts einzuordnen wären, verleiht die FZ Marx' Positionen zusätzliche Glaubwürdigkeit.

¹³⁸ Vgl. FZ, ohne Überschrift, 22.4., Nr. 297, S. 1.

¹³⁹ Vgl. FZ, „Marx in Königsberg“, 15.4., Nr. 277, S. 1.

¹⁴⁰ Vgl. FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 16.4., Nr. 287, S. 1.

¹⁴¹ Vgl. FZ, „Für Marx!“ (Bosch, Robert), 21.4., Nr. 293, S. 1.

¹⁴² Vgl. FZ, „Die Wirtschaft und die Reichspräsidentenwahl.“ (Butz, Vorname nicht genannt), 19.4., Nr. 288, S. 1.

Was das deutsche Militär angeht, verurteilt Marx in einer Rede „Waffenrasseln mit Waffen, die wir gar nicht haben“, was laut der FZ besonders stürmischen Beifall hervorrief.¹⁴³ International werde die Wahl eines republikanischen Kandidaten gerade auch günstiger gesehen, was die besetzten Gebiete Deutschlands angeht.¹⁴⁴

Vorwürfe gegen Marx, er wolle als katholischer Zentrums Politiker eine „klerikale Republik“ gestalten, wehrt unter anderem Willy Hellpach ab.¹⁴⁵ Marx selbst sagt, er stehe für ein tolerantes Deutschland: „Katholiken, Protestanten, Juden und Freigeister sind gemeinsame Formen.“¹⁴⁶

Desaströs sieht die Frankfurter Zeitung dagegen die Folgen für Deutschland, sollte Hindenburg gewählt werden: Als Vertreter der alten deutschen Monarchie, des Militarismus, des Imperialismus und des Gehorsamsstaates sei er eine Gefahr für den Frieden, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Dafür sei vor allem Hindenburgs Stellung als kaisertreuer Weltkriegsgeneral verantwortlich. Immer wieder zitiert die FZ ausländische Zeitungen und Gespräche ihrer Korrespondenten mit einflussreichen Kreisen, um die Besorgung zu zeigen, mit der das Ausland einen möglichen Reichspräsidenten Hindenburg sehe.¹⁴⁷ Allein die Kandidatur habe laut englischen Zeitungen schon Bestürzung hervorgerufen.¹⁴⁸ Dabei geht es oft um die Kreditbereitschaft ausländischer Regierungen und Firmen, die akut bedroht würde, wenn Hindenburg gewählt wird. Außenminister Stresemann leugne aber Kenntnis über mögliche Kreditunwilligkeit.¹⁴⁹

Auch die Zurückgewinnung der besetzten Gebiete sei gefährdet; Infanteriegeneral im Ruhestand von Deimling¹⁵⁰ und Wilhelm Marx¹⁵¹ sehen die Gebiete als bedroht. Überhaupt sei es erst Marx' Außenpolitik als Reichskanzler gewesen, die einen Abzug der

¹⁴³ Vgl. FZ, „Marx in Stettin.“, 16.4., Nr. 280, S. 1.

¹⁴⁴ Vgl. FZ, „Der Garantiepakt und die Präsidentenwahl.“, 24.4., Nr. 302, S. 1.

¹⁴⁵ Vgl. FZ, „Wilhelm Marx in Baden.“, 23.4., Nr. 299, S. 1.

¹⁴⁶ Vgl. FZ, „Marx in Dresden.“, 19.4., Nr. 289, S. 2.

¹⁴⁷ Vgl. u.a. FZ, „Die Kandidatur Hindenburg. Heftige Kritik und ernste Warnung aus England.“, 15.4., Nr. 276, S. 1; „Amerika und die Kandidatur der Rechten.“, 18.4., Nr. 287, S. 1; „Aus der Schweizer Presse.“, 19.4., Nr. 288, S. 1; „Das Ausland und Hindenburg.“, 19.4., Nr. 289, S. 1; „Hindenburg und das Ausland. Äußerungen [sic] der französischen Presse.“, 21.4., Nr. 293, S. 1; „Aus der englischen Presse.“, 22.4., Nr. 295, S. 1; „Amerikanische Stimmen zur Kandidatur Hindenburg.“, 22.4., Nr. 296, S. 2; „Das Ausland und die Reichspräsidentenwahl.“, 26.4., Nr. 308, S. 2.

¹⁴⁸ Vgl. FZ, „Hindenburg und das Ausland. Die Bedeutung des Wahlentscheids für die Außenpolitik.“, 26.4., Nr. 307, S. 1.

¹⁴⁹ Vgl. FZ, „Die Kandidatur Hindenburg und das Ausland. Dr. Stresemann vor dem Haushaltsausschuss des Reichstages.“, 19.4., Nr. 288, S. 1.

¹⁵⁰ Vgl. FZ, „Die größte politische Dummheit.“ (Von Deimling, Berthold), 22.4., Nr. 296, S. 1.

¹⁵¹ Vgl. FZ, „Wilhelm Marx in Baden.“, 23.4., Nr. 299, S. 1.

Truppen in Aussicht hat stellen können, schreibt die FZ.¹⁵² Diese Politik werde er auch als Präsident weiterführen.

Erfreut zeigt sich die FZ in der Analyse von Hindenburgs Kandidatenrede aber über die Aussage, er wolle als Präsident den Frieden erhalten - auch wenn das nicht mit der Einstellung seiner Hintermänner zusammenpasse.¹⁵³

So schließt die FZ am Tag vor der Wahl mit einem eindringlichen Appell an die Wählerschaft:

„Sie [die Kandidaten, Anm. d. Verf.] sind Symbole. Monarchie und Republik sind längst mehr geworden als staatsrechtlich-formale Begriffe. Sie haben einen aktuellpolitischen Inhalt von außerordentlicher Bedeutung bekommen, der nun wieder in den beiden Kandidaten das deutsche Volk zur Entscheidung ruft zwischen der verständlichen, doch unfruchtbaren Trauer um das Vergangene, den kindischen, törichten, verbrecherischen Versuchen, das Alte durch Krieg oder Restauration wiederherzustellen [...] auf der einen Seite und dem unerschütterlichen Glauben an das Deutschland der Zukunft, dem zähen, nicht voreingenommenen, nicht vorbelasteten, klugen Ringen um Deutschland auf der anderen.“¹⁵⁴

6.2.2. Die politische Eignung der Kandidaten

Schon vor dem ersten Wahlgang hatte die Frankfurter Zeitung Wilhelm Marx als erfahrenen und republiktreuen Politiker gelobt, der sich als Reichskanzler um Deutschland verdient gemacht hat, aber im Vergleich zu Willy Hellpach weniger innovativ und frisch sei. Das Lob betont die FZ noch einmal,¹⁵⁵ die Kritik an Marx ist im zweiten Wahlgang aber völlig verschwunden. Hellpach selbst nennt ihn den Kandidaten „aller politisch Zurechnungsfähigen“.¹⁵⁶ Marx habe außerdem das Misstrauen, das ihm als Führer des Zentrums gegenüberstand, überwunden – so etwa die Vorwürfe, als Katholik habe er nicht nur deutsche, sondern auch römische Interessen.¹⁵⁷

Hindenburg dagegen ist Ziel schärfster Kritik. Die Frankfurter Zeitung schreibt:

„Dem Erwählten des Volksblocks, der eine klare, konkret umschriebene, in Zeiten höchster Not bewährte Politik vertritt, haben die Parteien der Rechten eine Kandidatur gegenübergestellt, die voller Zweideutigkeit ist.“¹⁵⁸

¹⁵² Vgl. FZ, „Frankfurt, 25. April.“, 25.4., Nr. 306, S. 1.

¹⁵³ Vgl. FZ, „Die Programmrede Hindenburgs.“, 20.4., Nr. 290, Morgenblatt, S. 1.

¹⁵⁴ Vgl. FZ, „Das Ergebnis des Kampfes.“, 25.4., Nr. 304, S. 1.

¹⁵⁵ Vgl. FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 18.4., Nr. 287, S. 1.

¹⁵⁶ Vgl. FZ, „Dr. Hellpach für Marx.“, 18.4., Nr. 286, S. 2.

¹⁵⁷ Vgl. FZ, „Das Ergebnis des Kampfes.“, 25.4., Nr. 304, S. 1.

¹⁵⁸ Vgl. FZ, „Frankfurt, 23. April.“, 23.4., Nr. 300, S. 1.

Die Basis, auf der die FZ Hindenburg bewertet, ist eine eigene Aussage als Mitglied der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. Demnach habe er 1917 in einer Konferenz gesagt, dass er weder Kanzler werden wolle noch überhaupt mit dem Reichstag reden könne. Daraus folgert die FZ: „Wer den Anspruch erhebt, dieses Amtes [des Reichspräsidenten, Anm. d. Verf.] würdig zu sein, muß es sich gefallen lassen, daß man öffentlich die Frage stellt, ob er überhaupt dafür geeignet ist.“¹⁵⁹ Auch Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) zweifele an Hindenburgs Wissen über Parteien und das politische System.¹⁶⁰

Über aktuelle politische Probleme schweige sich auch Hindenburgs Wahlauftritt komplett aus.¹⁶¹ Hindenburg sei also jemand, „von dem aber weder öffentliches Reden überhaupt, noch sachliche Auskunft über politische Probleme verlangt werden darf“.¹⁶² Dass er darüber hinaus noch fest verwurzelt im Monarchismus sei, will die FZ unter anderem mit einem Brief zeigen, den Hindenburg 1922 an den exilierten Wilhelm II. geschrieben haben soll und in dem er seine Treue zu ihm bestätigt.¹⁶³

Immer wieder betont die FZ, dass Hindenburg nichts weiter als eine Marionette seiner „Hintermänner“ (eine immer wieder genutzte Formulierung) sei, der in die „politische Arena“ gezogen wurde.¹⁶⁴ Besonders ironisch erscheine das in Anbetracht der vergangenen Forderungen der rechten Parteien nach Fachmännern in hohen Ämtern.¹⁶⁵ So schreibt die FZ besorgt:

„Ja, das ist es eben. Es geht bei dieser Wahl gar nicht um den alten Herrn in Hannover. Es geht um den Staatssekretär, der ihm beigegeben wird, und um die anderen starken Männer, die für ihn Politik machen sollen.“¹⁶⁶

Einen Tag vor der Wahl greift die FZ Hindenburg dann schließlich auch wegen seiner Taten im Ersten Weltkrieg an. Durch die Kriegsniederlage, an deren Form die Sturheit und Uneinsichtigkeit der OHL und des Kaisers Schuld trage, seien die Franzosen an den Rhein gebracht worden. Hindenburgs Programm habe „Kriegsschieberei“ gefördert.

¹⁵⁹ Vgl. FZ, „Der unpolitische Kandidat des Rechtsblocks. Ein aufschlußreiches Protokoll.“, 15.4., Nr. 277, S. 1.

¹⁶⁰ Vgl. FZ, „Löbe gegen Hindenburg.“, 12.4., Nr. 272, S. 1.

¹⁶¹ Vgl. FZ, „Ein Aufruf Hindenburgs.“, 12.4., Nr. 273, S. 2.

¹⁶² Vgl. FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 18.4., Nr. 287, S. 1.

¹⁶³ Vgl. FZ, „Der Monarchist Hindenburg.“, 26.4., Nr. 308, S. 1.

¹⁶⁴ Vgl. FZ, „Der unpolitische Kandidat des Rechtsblocks. Ein aufschlußreiches Protokoll.“, 15.4., Nr. 277, S. 1.

¹⁶⁵ Vgl. FZ, „Die Wirtschaft und die Reichspräsidentenwahl.“ (Butz, Vorname nicht genannt), 19.4., Nr. 288, S. 1.

¹⁶⁶ Vgl. FZ, „Frankfurt, 20. April.“, 20.4., Nr. 291, S. 1.

Fast angewidert klingt die FZ, wenn sie fragt: „[U]nd den ‚treuesten Diener‘ jenes unseligen Monarchen, den Mann an der Spitze jener unseligen Obersten Heeresleitung, den sollen wir morgen zum Reichsoberhaupt wählen?“¹⁶⁷ Mit der Nominierung habe die DNVP ihrer seriösen Politik der vergangenen Jahre den „Todesstoß“ verpasst; Gustav Stresemann sei jetzt auf der Seite derer, die „eine Politik des unfähigsten Dilettantismus geradezu zum Prinzip erheben“.¹⁶⁸

6.2.3. Die persönliche Eignung der Kandidaten

Im Vergleich zur Persönlichkeit Willy Hellpachs spielt die von Wilhelm Marx in der Berichterstattung der FZ nur eine kleine Rolle. Marx zeige großen persönlichen Einsatz,¹⁶⁹ sei bescheiden und zurückhaltend und habe sich doch zu einem „wirklichen, anzeigenden Volksführer“ entwickelt.¹⁷⁰ Willy Hellpach nennt ihn „frisch, fromm, frei und herzlich“.¹⁷¹ Gerade in der Frömmigkeit sieht die Frankfurter Zeitung aber das größte Risiko: Als Führer einer Partei, die sich auf katholische Werte bezieht, ruft er Misstrauen bei evangelischen Wählern hervor. Die FZ kommt eventueller Kritik mit mehreren Gastbeiträgen und Wahlaufufen von evangelischen Intellektuellen oder Wählergruppen zuvor, die alle betonen, dass konfessionelle Unterschiede keine Rolle bei der Präsidentenwahl spielen, und dass Marx allgemein christliche Werte besser repräsentieren kann als der evangelische Hindenburg.¹⁷²

Hindenburgs Charakter greift die FZ nicht direkt an; sie attestiert ihm sogar „Wille[n] zum Guten“ und einen „anständige[n] Charakter“.¹⁷³ Das allein befähige aber nicht zum Führen eines Landes. Unterschwellig will die FZ Hindenburg aber Senilität unterstellen. Immer wieder nennt sie den 77-Jährigen „alt“ oder einen „Greis“.¹⁷⁴ Die FZ erwähnt

¹⁶⁷ Vgl. FZ, „Frankfurt, 25. April.“, 25.4., Nr. 306, S. 1.

¹⁶⁸ Vgl. FZ, „Frankfurt, 14. April.“, 14.4., Nr. 275, S. 1.

¹⁶⁹ Vgl. FZ, „Marx in Königsberg.“, 15.4., Nr. 277, S. 1.

¹⁷⁰ Vgl. FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 16.4., Nr. 287, S. 1.

¹⁷¹ Vgl. FZ, „Wilhelm Marx in Baden.“, 23.4., Nr. 299, S. 1.

¹⁷² Vgl. etwa FZ, „Soll ein Protestant Marx wählen?“ (Rade, Martin), 18.4., Nr. 285, S. 1; „Marx muss Reichspräsident werden!“, 22.4., Nr. 295, S. 1; „An die evangelischen Deutschen. Für Marx als Reichspräsidenten.“ (von Harnach, Adolf), 23.4., Nr. 298, S. 1; „An die evangelischen Wähler.“, 24.4., Nr. 301, S. 1; „Wahlbrief! Warum ich als evangelischer Pfarrer und Christ für Wilhelm Marx agitiere und ihn wähle.“, 26.4., Nr. 307, S. 1.

¹⁷³ Vgl. FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 18.4., Nr. 287, S. 1.

¹⁷⁴ Vgl. etwa FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 18.4., Nr. 287, S. 1; „Der Verband süddeutscher katholischer Arbeiter für Marx.“, 19.4., Nr. 288, S. 1; Vgl. FZ, „Frankfurt, 20. April.“, 20.4., Nr. 291, S. 1; „Hinter Hindenburgs breitem Rücken.“, 23.4., Nr. 298, S. 1.

sogar, dass Hindenburg bei einer Presseveranstaltung verwirrt schien und keine Einzel- fragen beantworten wollte, zieht aber keine expliziten Schlüsse daraus.¹⁷⁵

Je näher der Wahltag rückt, umso harscher wird die Kritik der FZ. Anerkennung ver- gangener Erfolge scheinen vergessen, wenn die Zeitung Hindenburg unterstellt, er sei nicht über sein eingestürztes Weltbild hinweggekommen, und fragt: „Liegt nicht zwi- schen Hindenburg und seiner Gegenwartsaufgabe eine Welt?“ Man werde ihm seinen letzten Wunsch, noch einmal Krieg gegen Frankreich zu führen, zwar ausreden, und „[v]ielleicht wird er gehorchen. Doch wird er im letzten nicht begreifen.“¹⁷⁶ So er- scheint auch die Bezeichnung „ehrenwerter General“ spöttisch, wenn die FZ ihm dann diese Worte in den Mund legt, die seine Einstellung zeigen sollen: „Ich hasse und ver- achte diese Republik zwar wie die Hölle, sie ist Deutschlands Unglück, aber bitte, wählt mich zu ihrem Präsidenten!“¹⁷⁷

6.2.4. Der Wahlkampf der Blöcke

Wie im ersten Wahlgang ist der einzige Aspekt des Wahlkampfes des Volksblocks, den die FZ erwähnt, die regelmäßigen Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot- Gold, bei denen oft Wilhelm Marx oder andere prominente Politiker der drei Parteien sprechen. Dabei kommentiert die FZ bei allen diesen Veranstaltungen, dass Ansturm und Jubel der Massen groß gewesen seien; oft hätten viele keinen Platz mehr am Veran- staltungsort mehr gefunden.¹⁷⁸ Die FZ spricht von großer „Begeisterung“ und „Opferbe- reitschaft“ der unbezahlten Freiwilligen des Reichsbanners und schreibt in Bezug auf Hindenburg: „Wie glücklich müßte ein alter General sein, der diese Reichsbannermän- ner hinter sich stehen wüßte.“¹⁷⁹

¹⁷⁵ Vgl. FZ, „Die Programmrede Hindenburgs.“, 21.4., Nr. 292, S. 1.

¹⁷⁶ Vgl. FZ, „Das Ergebnis des Kampfes.“, 25.4., Nr. 304, S. 1.

¹⁷⁷ Vgl. FZ, „Die Republik! Das Schlußwort zur Reichspräsidenten-Wahl.“, 26.4., Nr. 308, S. 1.

¹⁷⁸ Vgl. etwa FZ, „Marx in Königsberg.“, 15.4., Nr. 277, S. 1; „Marx in Stettin.“, 16.4., Nr. 280, S. 1; „Marx in Berlin.“, 17.4., Nr. 283, S. 1; „Das Programm des Volkskandidaten. Eine gewaltige republikani- sche Kundgebung.“, 18.4., Nr. 286, S. 1; „Marx in Magdeburg.“, 20.4., Nr. 290, Morgenblatt, S. 1; „Marx in Münster.“, 21.4., Nr. 293, S. 2; „Marx in Koblenz.“, 22.4., Nr. 296, S. 1; „Der Kampf um die Präsi- dentschaft. Kundgebung des Volksblocks in Leipzig.“, ebd., S. 2; „Wilhelm Marx in Baden.“, 23.4., Nr. 299, S. 1; „Frauenkundgebung für Marx.“, 24.4., Nr. 302, S. 2; „Marx in Pforzheim.“, ebd.; „Marx in Stuttgart. Stürmisch gefeiert.“, 24.4., Nr. 303, S. 1; „Eine große Volksblock-Kundgebung in Hamburg.“, ebd.; „Der Präsidentschaftskampf. Marx in Nürnberg.“, 25.4., Nr. 305, S. 1.

¹⁷⁹ Vgl. FZ, „Hinter Hindenburgs breitem Rücken.“, 23.4., Nr. 298, S. 1.

Ein Wahlauf Ruf des Volksblocks richtet sich direkt an die Leser. Sie sollen die Frankfurter Zeitung, nachdem sie sie selbst gelesen haben, an Bekannte und Verwandte auf dem Land schicken, wo monarchistische Einstellungen immer noch vorherrschen.¹⁸⁰

Der Wahlkampf des Reichsblocks wird wiederum sehr viel ausführlicher behandelt. Da Hindenburg nur eine einzige Rede vor Zuhörern während des Wahlkampfes gehalten hat,¹⁸¹ kommen auch Veranstaltungen des Reichsblocks nur selten vor, und dann in negativem Kontext. So berichtet die FZ etwa von Polizisten, die nach einer Reichsblockveranstaltung Demokraten verprügelt haben sollen¹⁸² und von einer „trotzlosen“ Veranstaltung mit „bescheidenem Erfolg“.¹⁸³

Mehr Aufmerksamkeit widmet die FZ der rechten Presse und der Propaganda der Parteien selbst. Das Abzielen auf die Emotionen der Wähler, das die FZ bereits im ersten Wahlgang kritisiert hatte, habe sich im zweiten mit der Kandidatur des berühmten Generals noch verstärkt. Der Wahlauf Ruf Hindenburgs habe nur eine „konstruiert[e] Würde“, dafür „inhaltslosen Pathos“.¹⁸⁴ Denen, die auf diesen Eindruck eines „allerwärmenden Glanzes einer Kaiserkrone“ hereinfließen, unterstellt die FZ ein kindliches Gemüt.¹⁸⁵ Es sind vor allem viele Einzelfälle, die das negative Bild vom Wahlkampf illustrieren. So sammelte ein ehemaliger DNVP-Sekretär Spenden im Namen des Volksblocks,¹⁸⁶ in Berliner Schulen werde Stimmung für Hindenburg gemacht,¹⁸⁷ und entgegen der Propaganda habe weder der Papst¹⁸⁸ noch der Botschafter in den Vereinigten Staaten¹⁸⁹ für Hindenburg Stellung ergriffen. Wegen der ambivalenten Aussagen des Botschafters verdächtigt die FZ seinen Vorgesetzten Gustav Stresemann, entsprechende Anweisungen gegeben zu haben.¹⁹⁰ Bizarr erscheint ein Artikel, laut dem ein Vertreter des Rechtsblocks versehentlich bei der FZ angerufen hat, um eine verleumdende Information über Marx zum Druck mitzuteilen. Er habe sich verwählt, spekuliert die FZ, und

¹⁸⁰ Vgl. FZ, „Aufrufe des Volksblocks.“, 15.4., Nr. 278, S. 1.

¹⁸¹ Vgl. FZ, „Die Programmrede Hindenburgs.“, 20.4., Nr. 290, S. 1.

¹⁸² Vgl. FZ, „Vom Rechtsblock.“, 24.4., Nr. 303, S. 2.

¹⁸³ Vgl. FZ, „Rechtsblockversammlungen in Nürnberg.“, 25.4., Nr. 305, S. 2.

¹⁸⁴ Vgl. FZ, „Frankfurt, 18. April.“, 16.4., Nr. 287, S. 1.

¹⁸⁵ Vgl. FZ, „Der zerblätternde Rechtsblock.“, 19.4., Nr. 289, S. 1.

¹⁸⁶ Vgl. FZ, „Ein unbefugter Sammler.“, 17.4., Nr. 282, S. 1.

¹⁸⁷ Vgl. FZ, „Wahlpropaganda für Hindenburg in den Schulen.“, 26.4., Nr. 307, S. 1.

¹⁸⁸ Vgl. FZ, „Keine päpstliche Stellungnahme für Hindenburg.“, 22.4., Nr. 297, S. 1 und „Die Haltung des Vatikans.“, 23.4., Nr. 299, S. 2.

¹⁸⁹ Vgl. FZ, „Herr v. Maltzan und die Präsidentschaftsfrage.“, 23.4., Nr. 298, S. 1 und „Der Kampf um die Präsidentschaft. Ein aufgedeckter Schwindel. Maltzan nicht für Hindenburg, sondern für die Republik.“, 23.4., Nr. 300, S. 1.

¹⁹⁰ Vgl. FZ, „Die Aeufferungen [sic] Maltzans. Auf Weisungen Stresemanns?“, 24.4., Nr. 301, S. 1.

eigentlich eines der zwei anderen, rechten Blätter in Frankfurt erreichen wollen.¹⁹¹ Die DNVP verbreite sogar Flugblätter im Namen des Volksblocks, in denen zuerst zum Kirchenaustritt und dann zur Wahl Marx‘ aufgefordert werde, um so seinen Ruf zu schädigen.¹⁹²

Der rechten Presse wirft die FZ darüber hinaus Demagogie und bewusste Irreführung vor, so etwa über die Pflichten und Rechte des Reichspräsidenten, um die Wähler über die Relevanz der Wahl zu täuschen.¹⁹³ Generalmajor im Ruhestand von Schoenaich erklärt die „persönlichen Verunglimpfung[en], Gemeinheiten und Fälschungen“ im Wahlkampf seitens der Rechten damit, dass sie das Gleiche auch vom Volksblock erwarteten. Auch in der Annahme, dass das gegen Hindenburg wirkungslos sei, sei dieser Kandidat bestimmt worden.¹⁹⁴

Dass sogar hohe Mitglieder des Reichsblocks den eigenen Wahlkampf kritisieren, kommentiert die FZ abfällig:

„Ein Führer der Bayerischen Volkspartei stellt also fest, daß die bisherige Wahlagitation für Hindenburg die von ‚Raufbolden‘ ist und die Rechte den Kampf unvornehm und unsachlich geführt hat. *Das genügt.*“¹⁹⁵ (Herv. d. Verf.)

Den Zustand der rechten Wahlmaschinerie beschreibt ein veröffentlichtes Protokoll einer Sitzung der Wahlmacher der DNVP, aus dem die FZ ausführlich zitiert. Demnach habe Partei mit akutem Geldmangel, fehlender Unterstützung der anderen Parteien (vor allem der DVP) und Verwirrung unter potenziellen Geldgebern zu kämpfen. Dass ein Vertreter den Reichsblock dabei als „entsetzliches Konglomerat“ bezeichnet haben soll, stellt die FZ besonders heraus.¹⁹⁶

6.2.5. Die Einigkeit der Blöcke

Die Frankfurter Zeitung sieht eine große Geschlossenheit des demokratischen Lagers, berichtet aber wiederum nicht so ausführlich darüber wie über die wahrgenommene Uneinigkeit und den Streit im Reichsblock, der auch schon im ersten Wahlgang thematisiert wurde.

¹⁹¹ Vgl. FZ, „Verleumdungstaktik des Rechtsblocks.“, 25.4., Nr. 306, S. 2.

¹⁹² Vgl. FZ, „Hinter Hindenburgs breitem Rücken.“, 23.4., Nr. 298, S. 1.

¹⁹³ Vgl. dazu FZ, „Der richtige Reichspräsident.“, 24.4., Nr. 301, S. 1; außerdem u.a. „Wahlpropaganda durch Reuter.“, 21.4., Nr. 292, S. 1; „Gehässigkeiten der ‚Zeit‘.“, 23.4., Nr. 300, S. 1; „Frankfurt, 24 April.“, 24.4., Nr. 303, S. 1; „Die Hetze gegen Marx.“, 26.4., Nr. 308, S. 1.

¹⁹⁴ Vgl. FZ, „Die Stabschefs des Reichsblock-Präsidenten“ (von Schoenaich, Paul), 17.4., Nr. 282, S. 1.

¹⁹⁵ Vgl. FZ, „Die Agitationsmethoden des Rechtsblocks.“, 23.4., Nr. 298, S. 2.

¹⁹⁶ Vgl. FZ, „Deutschnationale Vorstandssitzung. Ein offenherziges Protokoll.“, 21.4., Nr. 294, S. 1.

Dass sich SPD und DDP voll hinter den Kandidaten des Zentrums gestellt haben, zeigt die FZ unter anderem mit dem Aufruf der SPD an ihre Anhänger, Marx zu wählen,¹⁹⁷ sowie einer Rede von Otto Braun, dem vormaligen Kandidaten der SPD.¹⁹⁸ Auch Willy Hellpach spricht sich uneingeschränkt für Marx aus.¹⁹⁹

Die Kandidatur Hindenburgs habe sich sogar positiv auf den Zusammenhalt des Volksblockes ausgewirkt, da sonst etwa linke Flügel der SPD oder der DDP sich wegen Unstimmigkeiten mit Marx enthalten hätten.²⁰⁰ So aber unterstützten sie den Wahlkampf voll mit.²⁰¹ Der gemeinsame Aufruf des Volksblocks fasst die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit gegen die Reaktion zusammen und zeigt die Einigkeit der Parteien.²⁰² Außerdem druckt die FZ zahlreiche Artikel ab, in denen Verbände, Parteien und einzelne Personen, auch solche, die nicht direkt dem Volksblock oder seinen Parteien angehören, Marx ihre Unterstützung zusichern.²⁰³ So folgert die FZ, dass der Volksblock ungeachtet der Differenzen eine große Homogenität aufweist.²⁰⁴

Obwohl im zweiten Wahlgang unter anderem die BVP und die Völkischen den Reichsblock unterstützen, sieht die FZ immer noch keine Einigkeit. Vor allem die Anhänger der BVP und der DVP hätten mit der Kandidatur ihre Probleme. Die FZ nennt es daher ihre „Publizistenpflicht, der Oeffentlichkeit [sic] zu zeigen, wie schnell diese angebliche ‚Einheitsfront‘, diese angebliche ‚Volksmehrheit‘, [...] an allen Enden zerblättert.“²⁰⁵

Die Kandidatur habe teilweise „Entsetzen“ in ihrer eigenen Zielgruppe hervorgerufen.²⁰⁶ So sei etwa die BVP-Presse von der Parteilinie abgewichen - das offizielle Parteiblatt habe von einer „Gewissensentscheidung“ bei der Wahl geschrieben, was viele

¹⁹⁷ Vgl. FZ, „Der sozialdemokratische Wahlaufufruf“, 12.4., Nr. 273, S. 1.

¹⁹⁸ Vgl. FZ, „Der Kampf um die Präsidentschaft. Otto Braun für Marx.“, 16.4., Nr. 280, S. 1.

¹⁹⁹ Vgl. FZ, „Dr. Hellpach für Marx.“, 18.4., Nr. 286, S. 2; „Wilhelm Marx in Baden.“, 23.4., Nr. 299, S. 1.

²⁰⁰ Vgl. FZ, „Die Aufnahme der Kandidatur Hindenburg in Sachsen.“, ebd., S. 2.

²⁰¹ Vgl. etwa FZ, „Der Wahlkampf in Baden.“, 23.4., Nr. 298, S. 2.

²⁰² Vgl. FZ, „Aufrufe des Volksblocks.“, 15.4., Nr. 278, S. 1.

²⁰³ Vgl. etwa u.a. FZ, „Der bayrische Bauernbund für Marx.“, 12.4., Nr. 273, S. 1; „Katholische Arbeiter Bayerns für Marx.“, 14.4., Nr. 274, S. 1; „Ein Hamburger Telegramm an Marx.“, 15.4., Nr. 277, S. 1; „Die Front des Volksblocks. Beamtenschaft für Marx!“, 16.4., Nr. 281, S. 1; „Der Verband süddeutscher katholischer Arbeiter für Marx.“, 19.4., Nr. 288; „Die Pfälzer Demokraten für Marx.“, 21.4., Nr. 292, S. 1; „Die Parteien Hannovers im Wahlkampf.“, 22.4., Nr. 296, S. 2; „Der Niederbayrische Bauern- und Mittelstandbund für Marx.“, ebd.; „Die freien Berufe für Marx.“, 23.4., Nr. 300, S. 2; „Bauernverbände für Marx.“, ebd.; „Der Reichsbund deutscher Mieter.“, ebd.; „Professor Dibelius für Marx.“, ebd.; „Frauenkündigung für Marx.“, 24.4., Nr. 302, S. 2; „Die bayrischen Jungdemokraten für Marx.“, 25.4., Nr. 304, S. 2; „Schlesische Akademiker für Marx.“, ebd.; „Oberkonsistorialpräsident D. Curtius für Marx.“, 25.4., Nr. 305, S. 2; „Der Nachkriegsbeschädigtenverband für Marx.“, ebd.

²⁰⁴ Vgl. FZ, „Frankfurt, 14. April.“, 14.4., Nr. 275, S. 1.

²⁰⁵ Vgl. FZ, „Der zerblätternde Rechtsblock.“, 19.4., Nr. 289, S. 1.

²⁰⁶ Vgl. ebd.

Anhänger dazu bewegen werde, für Marx zu stimmen.²⁰⁷ Überall in Bayern werde von der Basis und nahestehenden Organisationen gegen die BVP-Führung agitiert.²⁰⁸ Ebenso reagierten viele Anhänger der DVP negativ auf die Kandidatur, vor allem wegen ihrer Konsequenzen für die Wirtschaft.²⁰⁹

Über Unstimmigkeiten unter DNVP-Anhängern schreibt die FZ nichts. Es sei aber auch die DNVP gewesen, die die Oberhand bei der Auswahl Hindenburgs gehabt habe. Das „wirft ein grelles Licht auf die widerspruchsvolle und innerlich ganz unmögliche Situation, in der sich die Parteien der Rechten befinden“, kommentiert die FZ.²¹⁰

Aber auch in der Führungsriege der Reichsblock-Parteien gebe es Probleme. Oft betont die FZ die großen politischen Unterschiede zwischen dem Führer der DVP, Stresemann, und dem der Völkischen, Hitler. Für sie solle Hindenburg entweder „gemäßigter Hüter der Verfassung“ oder „Rächer der deutschen Ehre“ sein.²¹¹ Deswegen sei auch sein Wahlauftritt so nichtssagend – „Oder glaubt man etwa, daß die Herren Hitler und Stresemann ihre Auffassung [...] auf eine gemeinsame Formel zu bringen in der Lage sein würden?“²¹² Daher hätten die Völkischen in Bayern auch den Wahlauftritt für Hindenburg nicht unterzeichnet.²¹³

Stresemann steht allgemein im Fokus der Berichterstattung der FZ. Seine Partei habe sich zwar von vornherein gegen die Kandidatur gewehrt,²¹⁴ jetzt sei er aber „leider willensloser Mitläufer der Gefolgschaft Hindenburgs“.²¹⁵ Seine positive Arbeit als Außenminister stehe im krassen Gegensatz zu den Forderungen der DNVP. Umso verwirrt zeigt sich die FZ wegen Stresemanns Unterstützung, denn mit Hindenburg als Präsident

²⁰⁷ Vgl. FZ, „Der Kampf um die Präsidentschaft. Die Vorgänge im bayrischen Rechtsblock.“, 16.4., Nr. 279, S. 1.

²⁰⁸ Vgl. u.a. FZ, „Haltung der Bayrischen Volkspartei.“, 17.4., Nr. 283, S. 2; „Nordbayern gegen Hindenburg. Die Auslandskredite. – Die Vertrauensleute der Bayrischen Volkspartei.“, 18.4., Nr. 287, S. 2; „Hinter Hindenburgs breitem Rücken.“, 23.4., Nr. 298, S. 1; „Der abbröckelnde Rechtsblock in Bayern.“, 23.4., Nr. 300, S. 2.

²⁰⁹ Vgl. etwa FZ, „Die Präsidentschaftskampagne. Die Aufnahme der Kandidatur Hindenburgs im Rheinland.“, 12.4., Nr. 273, S. 2; „Deutsche Volkspartei und Hindenburg.“, 17.4., Nr. 283, S. 1; „Die Widerstände der Deutschen Volkspartei gegen die Kandidatur Hindenburg.“, 24.4., Nr. 302, S. 2.

²¹⁰ Vgl. FZ, „Frankfurt, 14. April.“, 14.4., Nr. 275, S. 1.

²¹¹ Vgl. FZ, „Frankfurt, 23. April.“, 23.4., Nr. 300, S. 1.

²¹² Vgl. FZ, „Ein Aufruf Hindenburgs.“, 12.4., Nr. 273, S. 2.

²¹³ Vgl. FZ, „Der Kampf um die Präsidentschaft. Die Vorgänge im bayrischen Rechtsblock.“, 16.4., Nr. 279, S. 1.

²¹⁴ Vgl. FZ, „Die Stabschefs des Reichsblock-Präsidenten“ (von Schoenaich, Paul), 17.4., Nr. 282, S. 1.

²¹⁵ Vgl. FZ, „Frankfurt, 24 April.“, 24.4., Nr. 303, S. 1.

könne er diese Politik nicht fortführen.²¹⁶ Die FZ spricht sogar von „deutschnationaler Revolte“ gegen seine Arbeit im Falle eines Sieges Hindenburgs.²¹⁷

Als symptomatisch für die Ablehnung zwischen DVP und DNVP sieht die FZ die Beleidigungsklage Stresemanns gegen einen DNVP-Funktionär, der auf einer Wahlveranstaltung davon gesprochen habe, Stresemann zu „beseitigen“. Die FZ bewertet das als typisch:

„In Wirklichkeit hat Major Brigge [der Funktionär, Anm. d. Verf.] nur den Empfindungen Ausdruck gegeben, wie sie immer wieder, wenn auch nur in weniger zugespitzter Form, aus dem deutschnationalen Lager gegenüber der Politik Dr. Stresemanns laut werden.“²¹⁸

Als Erklärung der Unterstützung für Hindenburg nennt die FZ letztlich profane Parteipolitik.²¹⁹

7. Ergebnisse

Die Frankfurter Zeitung hat im Präsidentschaftswahlkampf 1925, wie zur Weimarer Zeit üblich, klare Stellung bezogen. Erwartungsgemäß unterstützte die DDP-nahe Zeitung im ersten Wahlgang Willy Hellpach, und, wie die DDP, im zweiten Wahlgang Wilhelm Marx. Insofern hat sie sich der Parteilinie zugeordnet. Ihre Berichterstattung deckt sich dabei mit der anderer Zeitungen zum Wahlkampf: Die Intensität der Berichterstattung steigt zwischen den Wahlgängen, im zweiten Wahlgang konzentriert sich die FZ hauptsächlich auf Hindenburg und zitiert mehr ausländische Quellen, und es finden sich kaum noch Aussagen über die Persönlichkeit der Kandidaten.²²⁰

Der Redaktion der FZ muss anhand der aktuellen Reichstagswahlergebnisse klar gewesen sein, dass Hellpach gegen Braun, Marx und Jarres kaum eine Chance hatte. DVP und DNVP mit kombinierten 30,6 Prozent, SPD mit 26 Prozent und das Zentrum mit 13,6 Prozent der Wählerstimmen lagen weit vor der abgeschlagenen DDP mit 6,3 Prozent. Die KPD war mit 8,9 Prozent sogar stärker, die BVP mit 3,7 Prozent nicht allzu

²¹⁶ Vgl. FZ, „Frankfurt, 17. April.“, Nr. 284, S. 1; „Hinter Hindenburgs breitem Rücken.“, 23.4., Nr. 298, S. 1.

²¹⁷ Vgl. FZ, „Hinter Hindenburgs breitem Rücken.“, 23.4., Nr. 298, S. 1.

²¹⁸ Vgl. FZ, „Beleidigungsklage Stresemanns gegen einen Reichsblockführer.“, 22.4., Nr. 296, S. 1. Stresemann zog die Klage später zurück, als Brigge seine Aussage zurücknahm: Vgl. „Major Brigge revoziert.“, 25.4., Nr. 305, S. 1.

²¹⁹ Vgl. FZ, „Der zerblätternde Rechtsblock.“, 19.4., Nr. 289, S. 1.

²²⁰ Vgl. Wilke/Sprott (2009), S. 289-97.

weit entfernt.²²¹ Dementsprechend sahen auch die Ergebnisse des ersten Wahlgangs 1925 aus: Bei recht ähnlichen Stimmverteilungen lagen Jarres, Braun, Marx und Thälmann vor Hellpach, nur Held und Ludendorff bekamen weniger Stimmen.

Wenn es der FZ schon im ersten Wahlgang alleine darum gegangen wäre, eine Entscheidung für einen republikanischen Kandidaten zu erzwingen, hätte sie Otto Braun von der SPD unterstützen müssen. Er hätte die besten Chancen gehabt hätte, die absolute Mehrheit zu erreichen - auch wenn das immer noch unrealistisch erschienen wäre. Stattdessen spekulierte die FZ ohnehin auf ein Patt im ersten Wahlgang.²²² Daher konnte sie ihre republikanische Pflicht tun und gegen Jarres agitieren, aber auch den Kandidaten unterstützen, der ihr am nächsten stand, nämlich Willy Hellpach. Es lässt sich weiterhin vermuten, dass die FZ Hellpach auch als republikanischen Kandidaten im zweiten Wahlgang propagieren wollte. Darauf lässt sich auch die starke Konzentration auf Hellpach im ersten Wahlgang zurückführen. Die vergleichsweise zurückhaltende Einstellung gegenüber Marx im zweiten Wahlgang erklärt sich dementsprechend einerseits damit, dass er nur der Kandidat der vereinten Republikaner, nicht der der DDP war, andererseits mit der als überwältigend empfundenen Bedrohung durch Hindenburg. Aus heutiger Sicht erscheint der Feuilleton-Artikel,²²³ der prosaisch geschrieben Hellpachs Charakter preist, völlig verklärt. So wie sich andere republikanische Zeitungen mit Bewertungen parteifremder republikanischer Kandidaten zurückgehalten haben,²²⁴ konzentriert sich auch die FZ hauptsächlich auf Hellpach und Jarres. Das zeigt die starke Konzentration auf den Wunschkandidaten der Zeitung.

In der Weimarer Presse war es üblich, ausführlich aus anderen Zeitungen zu zitieren – um deren Aussagen zu unterstützen, um sie zu widerlegen oder zum Beweis einer eigenen Aussage heranzuziehen. Die hohe Zahl an Zitaten ist ein besonderes Merkmal der deutschen Presse der 1920er Jahre.²²⁵ Die Frankfurter Zeitung ist dafür ein gutes Beispiel: Kaum eine untersuchte Ausgabe kommt ohne Zitate anderer, oft ausländischer, Zeitungen aus. Diese Ausschnitte dienen immer der eigenen Argumentation. Vor allem im zweiten Wahlgang sind es immer wieder englische, französische oder US-amerikanische Zeitungen, die Sorge um die Zukunft Deutschlands unter Hindenburg ausdrücken, was die Einstellung der FZ unterstützt. Gegenteilige Meinungen ausländi-

²²¹ Vgl. Falter et al. (1986), S. 44.

²²² Vgl. u.a. FZ, „Frankfurt, 16. März“, 16.3., Nr. 201, S. 1; „Gespräch auf der Trambahn.“, 29.3., Nr. 236, S. 1.

²²³ Vgl. FZ, „Hellpach. Ein Porträt.“, 29.3., Nr. 236, S. 1.

²²⁴ Vgl. Wilke/Sprott (2009), S. 296.

²²⁵ Vgl. Fulda (2009), S. 20.

scher Zeitungen und Politiker werden als von vornherein deutschlandfeindlich dahingestellt.²²⁶ Die FZ geht also hochselektiv mit Zitaten um und verleiht ihnen durch Kommentare den erwünschten Kontext. Auch dieses Vorgehen im Wahlkampf 1925 hat sie mit anderen republikanischen Zeitungen gemeinsam.²²⁷

Die FZ ist überaus explizit mit ihren Bewertungen. Sie hält sich nicht zurück bei Kritik an der Politik Jarres‘ und gegen Ende des Wahlkampfes an der Vergangenheit Hindenburgs; sie greift die rechte Presse und die PR der Parteien offen an und unterstellt ihnen unanständige Methoden und Lügen; sie spricht offen von der wahrgenommenen Dysfunktionalität des Reichsblocks. Sowohl Jarres als auch Hindenburg wirft sie vor, dass sie vom Reichsblock gelenkt und manipuliert werden würden. Oftmals ist ihr Ton sogar spöttisch oder herablassend. Umgekehrt findet die FZ nichts außer Lob für Hellpach und die DDP, deren politische Ideale und Ziele. Die leise Kritik an Marx aus dem ersten Wahlgang wird nicht mehr aufgegriffen, als er der republikanische Kandidat wird; stattdessen wird er, wenn auch in geringerem Umfang, ebenfalls hoch gelobt. Diese offene Positionierung zeigt weiterhin die aktive Rolle der FZ im Wahlkampf.

Auch die Antworten auf rechte Presse und Propaganda deuten auf eine klare Position hin. Die FZ stellt sich auf die republikanische Seite und versucht, andere Aussagen zurückzuweisen. Dabei geht es meist um den jeweiligen Kandidaten, den sie unterstützt: Hellpach wurde etwa für seine Konzentration auf Kulturpolitik kritisiert,²²⁸ Marx für sein angebliches Schweigen über Religion.²²⁹ Die FZ greift diese Attacken auf und widerspricht ihnen. Sogar eine Wahlkampfreden Jarres‘ korrigiert sie.²³⁰

Die FZ beschränkt sich in ihrer Berichterstattung nicht auf den aktuellen Wahlkampf, sondern bringt die Vergangenheit der Kandidaten mit ein. Prominent betont sie Jarres‘ Rheinlandpolitik als Innenminister als Beweis seiner politischen Unfähigkeit; außerdem erwähnt sie eine Rede von zwei Jahren zuvor, bei der er seine monarchistische Einstellung gezeigt haben soll. Bei Hindenburg stellt die FZ zunächst seine Aussage heraus, politisch unfähig und desinteressiert zu sein, später dann auch sein Verhalten im Ersten Weltkrieg. Bei Hellpach und Marx werden dagegen nur positive Taten erwähnt.

Dazu kommen kleinere Artikel, die nichts direkt mit dem Wahlkampf zu tun haben, aber den Eindruck der Leser über die Kandidaten formen sollen. Bei Hindenburg war

²²⁶ Vgl. etwa FZ, „Frankfurt, 17. April.“, Nr. 284, S. 1.

²²⁷ Vgl. Wilke/Sprott (2009), S. 292.

²²⁸ Vgl. FZ, „Bemerkungen.“, 19.3., Nr. 209, S. 1.

²²⁹ Vgl. FZ, „Marx und Christentum.“, 26.4., Nr. 307, S. 2.

²³⁰ Vgl. FZ, „Preisgabe des Rheinlandes. Zu den Ablenkungsversuchen des Herrn Jarres.“, 24.3., Nr. 221, S. 1.

das die Erwähnung eines Treueschwurs an Wilhelm II. 1922,²³¹ ein Ausschnitt aus Bismarcks Buch, in dem er hohe preußische Offiziere zu „vornehm“ für die Politik nennt,²³² und die Spekulation über einen Besuch des Thronerben.²³³ Aus der Besprechung eines Sachbuches von Hellpach dagegen folgert die FZ seine Eignung für das Amt.²³⁴ So nutzt die FZ auch wahlkampf- und teilweise allgemein politikfremde Themen, um den Wahlkampf zu beeinflussen.

Trotzdem möchte die FZ nicht unumschränkt als Wahlkampfmittel der Republikaner wahrgenommen werden. So spricht sie einmal von ihrer „Publizistenpflicht“, die Vorgänge im Reichsblock zu enthüllen.²³⁵ Die Redaktion mag es als ihre Pflicht wahrgenommen haben, aber dennoch lässt sich diese Pflicht auf die politische Einstellung zurückführen – als einflussreiche Zeitung muss die FZ dem aus ihrer Sicht richtigen Kandidaten zum Sieg zu verhelfen. Das zeigt sich auch am Wahlaufuf des Volksblocks: Die Leser der Frankfurter Zeitung werden direkt aufgefordert, die Zeitung an Verwandte auf dem Land weiterzuschicken, um die dort vorherrschenden monarchistischen Meinungen zu bekämpfen.²³⁶ Auch wenn die Redaktion der FZ diesen Aufruf nicht selbst geschrieben hat, so hat sie ihn doch veröffentlicht. Es ist daher anzunehmen, dass sie die Aufforderung wenigstens billigt, wahrscheinlich sogar befürwortet.

Die Verantwortlichen des Volksblocks sehen die Zeitung offensichtlich als legitimes Wahlkampfmittel und setzen auf die Leser als ihre Zielgruppe. Schon vor der Reichstagswahl im Dezember 1924 rief die DDP-Führung ihre Ortsvereine auf dem Land zum Abonnement und zur Bekanntmachung einer parteinahen Zeitung auf, um den monarchistischen Einfluss zurückzudrängen. Der DDP-Politiker Hermann Dietrich²³⁷ nannte die Berichterstattung parteinaher Zeitungen die beste Wahlreklame; Anton Erkelenz schrieb Briefe an das Berliner Tageblatt und die FZ, in denen er seine Erwartung aussprach, dass die Blätter wieder „das Bestmögliche für die von uns vertretenen Gedanken“ leisten.²³⁸

Die Berichterstattung des Berliner Tageblatts argumentiert dabei identisch mit der der FZ:

²³¹ Vgl. FZ, „Der Monarchist Hindenburg.“, 26.4., Nr. 308, S. 1.

²³² Vgl. FZ, „Bemerkungen.“, 17.4., Nr. 283, S. 1.

²³³ Vgl. FZ, „Der frühere Kronprinz bei Hindenburg?“, 21.4., Nr. 292, S. 1.

²³⁴ Vgl. FZ, „Die deutsche Schule. Ein neues Buch von Hellpach.“, 17.3., Nr. 202, S. 1.

²³⁵ Vgl. FZ, „Der zerblätternde Rechtsblock.“, 19.4., Nr. 289, S. 1.

²³⁶ Vgl. FZ, „Aufrufe des Volksblocks.“, 15.4., Nr. 278, S. 1.

²³⁷ Zu Hermann Dietrich vgl. O.V. (1924). Reichstagshandbuch. Ohne Verleger: Berlin, S. 225. Verfügbar unter http://daten.digital-sammlungen.de/bsb00000003/image_226, abgerufen am 4.8.2012.

²³⁸ Vgl. Lau (1995), S. 211-12.

„Er [Hindenburg, Anm. d. Verf.] mag ein ehrenhafter und schlichter alter Mann sein. Nichtsdestoweniger erblickt aber die Welt in ihm immer noch die gefährliche Puppe einer Partei, die kein geringeres Ziel habe, als das alte Deutschland wiederherzustellen.“²³⁹

Schon 1920 hatte die Frankfurter Zeitung sehr ähnlich argumentiert, als Hindenburg als Kandidat für eine mögliche Präsidentenwahl ins Gespräch gebracht wurde.²⁴⁰

Die Ähnlichkeit der Argumentation lässt den Schluss zu, dass sich die FZ in die Partei- richtungspresse eingereiht hat, um Wahlkampf für die DDP zu betreiben. Die Tatsache, dass Erkelenz selbst einen Gastbeitrag²⁴¹ im Wahlkampf für die FZ verfasst hat, zeigt weiter die enge Verflechtung von Zeitung und Partei. So wurde die FZ auch mit anderen zum „unentbehrlichen Bindeglied“ zwischen der DDP und ihren Anhängern.²⁴²

Ernst Kahn, ein ehemaliger Redakteur der FZ, glaubt, dass der Leser die FZ als „seine“ Zeitung gesehen, sich ihr stark verbunden gefühlt und bei drei Ausgaben fast jeden Tag kaum etwas anderes gelesen hat.²⁴³ Allgemein war die Presse in der Weimarer Republik so stark politisch ausgerichtet, dass jeder die Zeitung lesen konnte, die seiner Einstellung entsprach. Hat die FZ mit ihrer Berichterstattung also nur ihren Lesern das mitgeteilt, was sie sowieso gedacht haben und ansonsten keinen Einfluss ausgeübt? Zwei Punkte sprechen dagegen: Erstens waren auch deutsche Zeitungsredakteure eifrige Zeitungsleser,²⁴⁴ so dass die Nachrichten und Botschaften der FZ mit Sicherheit auch in Redaktionen von Zeitungen ankamen, die sich dem Wahlkampf für den Reichsblock verschrieben haben, sowie bei anderen republikanischen Zeitungen, die Informationen und Argumentationen der FZ für sich selbst nutzen konnten. Zweitens ging ein überdurchschnittlicher Teil der Auflage an Leser ins Ausland.²⁴⁵ Es lässt sich vermuten, dass die FZ auch hier eine Agenda hatte: den positiven Eindruck Deutschlands zu stärken und ausländischen Zuspruch zu ihren politischen Gegnern zu verringern. Der internationale Einfluss der FZ lässt sich am Beispiel des nationalsozialistischen Regimes sehen, das die Zeitung auch nach 1933 nicht verbieten ließ, um im Ausland den Eindruck von

²³⁹ Vgl. Berliner Tageblatt, „Wolffsches Telegraphen Bureau: Amerikanische Kredite und Hindenburg-Kandidatur.“, 22.4.1925, Nr. 188, S. 4, zitiert nach Wilke/Sprott (2009), S. 297.

²⁴⁰ Vgl. Asmuss (1994), S. 265-67.

²⁴¹ Vgl. FZ, „Aufmarsch zur Reichspräsidentenwahl“ (Erkelenz, Anton), 21.3., Nr. 214, S. 1.

²⁴² Vgl. Becker (1971), S. 272.

²⁴³ Vgl. Kahn, Ernst (1957). The Frankfurter Zeitung. In: Leo Baeck Institute Yearbook 2(1), 228-235, S. 234-235.

²⁴⁴ Vgl. Fulda (2009), S. 20.

²⁴⁵ Vgl. Cohnstaedt (1935), S. 158.

Diversität und Demokratie bestehen zu lassen.²⁴⁶ Im Umkehrschluss lässt sich argumentieren, dass die aufgrund des großen Korrespondentennetzes ausführlichen und akkuraten Berichte über Außenpolitik im Allgemeinen einen großen Einfluss auf die Leser ausübten. Daher können auch die vielen Bezugnahmen auf ausländische Zeitungen und ihre Stellung zur Wahl wichtig für inländische Leser gewesen sein.²⁴⁷

Somit lässt sich die klare Stellungnahme im Wahlkampf als eine Selbstsicht deuten, die über den Status des objektiven Betrachters hinausgeht und die eines aktiven Kämpfers im Wahlkampf annimmt. Dass die Ziele der Zeitung mit denen der DDP übereinstimmen, bedeutet dabei nicht zwangsläufig eine Hörigkeit. Die engen personellen Beziehungen und Überschneidungen zwischen DDP und FZ sprechen eher für gemeinsame Ziele als für eine Instrumentalisierung der Zeitung durch die Parteiführung.

Inwiefern der Einfluss der FZ tatsächlich gewirkt hat, muss noch untersucht werden. Die extrem hohe Medienwirkung, die Politiker in den 1920er Jahren angenommen haben, sollte sich als übertrieben erweisen;²⁴⁸ darüber hinaus wurden die meisten klassischen politischen Zeitungen fortlaufend unbeliebter angesichts der Konkurrenz von Generalanzeigern und Boulevardzeitungen.²⁴⁹ Gerade bei der FZ gab es dazu einen nicht unbeträchtlichen Teil von „Nutzern“, die nur den Wirtschaftsteil lasen, dem politischen aber nicht zustimmten.²⁵⁰ Umgekehrt war die FZ zu intellektuell, um großen Massenanzug zu entwickeln und so mehr Einfluss auszuüben.²⁵¹ Der tatsächliche Einfluss der FZ auf den Wahlkampf scheint daher aber wenig hoch gewesen zu sein.

Um die Ergebnisse dieser Arbeit weiter zu belegen, bedarf es einer quantitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Frankfurter Zeitung im Wahlkampf 1925. Ein Vergleich mit dem Reichspräsidentenwahlkampf 1932 könnte weitere Erkenntnisse liefern. Republiktreue Blätter hatten in diesem Wahlkampf Paul von Hindenburg unterstützt, um eine Präsidentschaft Adolf Hitlers zu vermeiden.²⁵² Wie sich die FZ verhalten hat, ist noch ungeklärt.

Die hier dargestellten Funde lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass die FZ ähnlich wie andere DDP-nahe Blätter agiert hat. Auch zum Vergleich mit der Berichterstattung anderer Zeitungen wäre eine quantitative Herangehensweise daher lohnenswert.

²⁴⁶ Vgl. Sösemann, Bernd (1985). Voraussetzungen und Wirkungen publizistischer Opposition im Dritten Reich. In: Publizistik 30, 195-215, S. 203 und Paupié (1972), S. 252.

²⁴⁷ Vgl. Becker (1971), S. 268.

²⁴⁸ Vgl. Fulda (2009), S. 43.

²⁴⁹ Vgl. ebd. S. 43.

²⁵⁰ Vgl. Becker (1971), S. 264-65.

²⁵¹ Vgl. Eksteins (1975), S. 130.

²⁵² Vgl. Wilke/Sprott (2009), S. 299.

8. Fazit

In den heftig geführten Wahlkämpfen der politisch instabilen ersten deutschen Republik war die Publizistik einer der Hauptschauplätze. Die Partei- und die Parteirichtungspressen berichteten nicht aus der Position eines neutralen Beobachters, sondern agitierten für den eigenen und gegen die anderen Kandidaten. Die Parteien sahen ihre Presse als legitimes Wahlkampfmittel. Das ist bei der Frankfurter Zeitung im Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft 1925 nicht anders. Obwohl sie als journalistisch seriös und einflussreich galt und weitestgehend die gleichen demokratischen Ideen vertrat, auf denen später auch die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, sah auch sie ihre Aufgabe nicht im objektiven Berichterstaten, sondern in der politischen Propaganda. Ohne die strikte Trennung von Meinung und Fakten fällt es schwer, Nachrichten einzuordnen. Kaum ein Artikel steht unkommentiert da, wenigstens eine implizite Meinung schwingt immer mit. Zumeist ist die Zeitung aber sehr offen und explizit in ihrer Bewertung der Kandidaten. Zusätzlich nutzt sie wahlkampffremde Themen, um die Meinung der Leser über den Wahlkampf zu beeinflussen.

Dabei handelt die Frankfurter Zeitung als eigenständiger Akteur im Wahlkampf, der seinen Einfluss für politische Ziele nutzt – nämlich, wenn schon nicht einen Kandidaten der DDP, dann doch einen der republikanischen Parteien im Amt des Reichspräsidenten zu sehen. Der Übergang zur Unterstützung Marx' erscheint glaubhaft, weil die Frankfurter Zeitung bereits im ersten Wahlgang geschrieben hat, dass die Wahl eines Republikaners die wichtigste Aufgabe, Willy Hellpach aber unter allen Republikanern der am besten geeignete sei. Die enge Zusammenarbeit mit der DDP scheint dabei auf einem wechselseitigen Verhältnis der Unterstützung und gemeinsamer politischer Ziele zu basieren.

Der Einfluss der politischen Presse in der Weimarer Republik ist nicht abschließend geklärt. Vieles spricht dafür, dass ein Großteil der Wähler nicht die intellektuell anspruchsvollen Blätter gelesen hat, um sich über die Wahl zu informieren, sondern vornehmlich unpolitische Generalanzeiger, lokale Blätter oder Boulevardzeitungen. Die Sonderstellung der Frankfurter Zeitung als Speerspitze des liberalen Journalismus und ihre vergleichsweise große Verbreitung im Ausland sprechen zumindest für eine größere Wirkung im Vergleich zu anderen Blättern. Letztlich sollten aber alle Anstrengungen republikanischer Kräfte in Deutschland scheitern.

Literaturverzeichnis

Frankfurter Zeitung 198 (1925) bis 237 (1925), 272 (1925) bis 308 (1925).

Asmuss, Burkhard (1994). *Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923*. Berlin u.a.: Walter de Gruyter.

Becker, Werner (1971). *Demokratie des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918-1924*. Göttingen: Musterschmidt.

Bundesarchiv (Hrsg.) (ohne Jahr). *Akten der Reichskanzlei: Weimarer Republik. „Kuno Graf von Westarp“*. Verfügbar unter http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0001/adr/adrsz/kap1_5/para2_116.html, abgerufen am 8.7.2012.

Cohnstaedt, Wilhelm (1935). *German Newspapers Before Hitler*. In: *Journalism Quarterly* 7, 157-163.

Eckelmann, Susanne (ohne Jahr). *Tabellarischer Lebenslauf von Gustav Stresemann. Lebendiges Virtuelles Museum Online*. Verfügbar unter <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/StresemannGustav/index.html>, abgerufen am 8.7.2012.

Eksteins, Modris (1971). *The Frankfurter Zeitung. Mirror of Weimar Democracy*. In: *Journal of Contemporary History* 6, 3-28.

Eksteins, Modris (1975). *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of the Weimar Democracy*. Oxford: OUP.

Engelmann, Tanja (2003). *Die Wahlkampfberichterstattung in der Weimarer Republik – am Beispiel der Reichstagswahlen im Juni 1920, Mai 1924, Mai 1928 und Juli 1932*. Mainz: Magisterarbeit.

Falter, Jürgen; Lindenberger, Thomas & Schumann, Siegfried (1986). *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933*. München: C.H. Beck.

Falter, Jürgen W. (1990). *The Two Hindenburg Elections of 1925 and 1932: A Total Reversal of Voter Coalitions*. In: *Central European History*, 23:2/3, 225-241.

Fulda, Bernhard (2009). *Press and Politics in the Weimar Republic*. Oxford: OUP. Verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199547784.001.0001>, abgerufen am 22.5.2012.

Gillessen, Günther (1986). *Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*. Berlin: Siedler.

Holl, Karl (1969). *Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik. Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 3, 254-275.

Kahn, Ernst (1957). *The Frankfurter Zeitung*. In: *Leo Baeck Institute Yearbook* 2(1), 228-235.

Koszyk, Kurt (1972). Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der Deutschen Presse, Teil III. Berlin: Colloquium.

Lau, Dirk (1995). Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei der Wahl zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930. Mainz: Dissertation.

Lerg, Winfried B. (1979). Die Publizistik der Weimarer Republik. Zur kommunikationsgeschichtlichen Ausgangslage. In: Hardt, Hanno; Hilscher, Elke & Lerg, Winfried B. (Hrsg.). Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945. München u.a.: K..G. Saur, 17-96.

Mai, Gunther (2009). Die Weimarer Republik. München: C.H. Beck.

Merta, Klaus-Peter/Scriba, Arnulf (ohne Jahr). Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Lebendiges Virtuelles Museum Online. Verfügbar unter <http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/gewalt/reichsbanner>, abgerufen am 10.8.2012.

Moores, Karen M. (1997). Presse und Meinungsklima in der Weimarer Republik. Eine publizistikwissenschaftliche Untersuchung. Mainz: Dissertation.

Paupié, Kurt (1972). Frankfurter Zeitung, Frankfurt a.M. (1856-1943). In: Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. Pullach: Verlag Dokumentation, 241-256.

Pross, Harry (2000). Zeitungsreport. Deutsche Presse im 20. Jahrhundert. Weimar: Hermann Böhlhaus Nachfolger.

Schildt, Axel (2009). Die Republik von Weimar. Deutschland zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ (1918-1933). Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.

Schütz, Walter J. (1969). Zeitungsstatistik. In: Dovifat, Emil (Hrsg.): Handbuch der Publizistik, Band 3, 2. Teil. Berlin: Walter de Gruyter, 348-369.

Sösemann, Bernd (1985). Voraussetzungen und Wirkungen publizistischer Opposition im Dritten Reich. In: Publizistik 30, 195-215.

Stolberg-Wernigerode, Otto zu (1959): Neue deutsche Biographie, Band 4: Dittel – Falck. Berlin: Duncker & Humblot. Verfügbar unter http://daten.digitalensammlungen.de/bsb00016320/image_607, abgerufen am 4.8.2012.

Stolberg-Wernigerode, Otto zu (1987). Neue deutsche Biographie, Band 15: Locherer - Maltza(h)n. Berlin: Duncker & Humblot. Verfügbar unter http://daten.digitalensammlungen.de/bsb00016333/image_38, abgerufen am 8.7.2012.

Wichmann, Manfred (ohne Jahr). Tabellarischer Lebenslauf von Alfred Hugenberg. Lebendiges Virtuelles Museum Online. Verfügbar unter <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/HugenbergAlfred/index.html>, abgerufen am 10.7.2012.

Wilke, Jürgen (2008). Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Köln u.a.: Böhlau.

Wilke, Jürgen (2009). Pressegeschichte. In: Noelle-Neumann, Elisabeth/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt am Main: Fischer, 501-535.

Wilke, Jürgen; Sprott, Christian (2009). "Hindenburg wählen, Hitler schlagen!"
Wahlkampfkommunikation bei den Reichspräsidentenwahlen in der Weimarer Republik. In: Politik-Wissenschaft-Medien 4, 277-306.

O.V. (1924). Reichstagshandbuch. Ohne Verleger: Berlin. Verfügbar unter
http://daten.digital-e-sammlungen.de/bsb00000003/image_226, abgerufen am 4.8.2012.